

# alternative

eip

Zeitschrift der Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion

**GEFÄHRLICHE ZEITEN**  
Die Normalisierung des Extremen

2024  
~ 04 UG

**4**

**Wir stellen vor**  
**Jutta Matysek, Martin Gabler,**  
**David Rehman**

**5**

**Kolumne von**  
**Veronika Litschel**  
Renditen, Dividenden  
und Pleiten

**6–13**

Leben mit alten und neuen  
Nazis. Betrachtungen  
des Redaktionsteams

**14/15**

**Interview**  
mit **Barbara Blaha**  
zur Notwendigkeit des  
Weiterkämpfens

**16/17**

**Illustrationen von**  
**Jasmin Rehrmbacher**

**18/19**

**Debatte**  
Gewerkschaften zu  
Wahlergebnissen.  
Beiträge u.a. von **Laura Kaiser,**  
**Vera Koller** und **Marion**  
**Polaschek**

**20–23**

**Internationales**  
zu USA, Argentinien und Baku.  
Von **Marion Polaschek** und  
**Veronika Litschel**

**24**

**In eigener Sache**  
Die Alternative wird digital

**25–27**

**UG Universum**  
zur AK-Vollversammlung in  
Wien und den PV-Wahlen

**28**

**Meinungen**  
Tradition Nein Danke,  
sagt **Raphael Altrichter**

**29**

**Lese- und Hörtipps**

**30**

**Notizen**  
aus Gewerkschaft und NGO

**31**

**Rezension**  
Die verwundbare Demokratie  
von Maximilian Steinbeiß  
rezensiert von **Renate Vodnek**

**IMPRESSUM**

Medieninhaberin, Verlegerin: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG), Herausgeberin: Unabhängige Gewerkschaftsfraktion für mehr Demokratie im ÖGB (UG), Redaktion: Renate Vodnek & Vera Koller; Adresse: Alle 1040, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, E-Mail für Abonnement: auge@ug-oegb.at, Redaktion: alternative@ug-oegb.at, Internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung IBAN AT30 1400 0001 1022 8775, I.C: BAWAATWW. Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion und der Herausgeberin entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright des Cartoons liegt bei den Künstler:innen.

DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702



## Editorial

Unbehagliche Zeiten liegen vor uns. Die Zustimmung zu antidemokratischen, sexistischen und diskriminierenden Politiken steigt stetig. Das macht auch sprachlos. Aber das dürfen wir nicht bleiben.

In dieser letzten Ausgabe der Alternative in gewohnter Form zeigen wir die engen Verquickungen der FPÖ mit dem alten und neuen Nationalsozialismus auf und werfen einen Blick auf die Diskursverschiebungen, insbesondere in der ÖVP.

Auch Wahlen in den Personalvertretungen des öffentlichen Dienstes haben uns seit dem Sommer beschäftigt. Die Ergebnisse zeigen, dass klare solidarische und unabhängige Gewerkschaftspolitik wichtig und gewollt ist. In Zukunft wird die Redaktion der Alternative im Digitalen unterwegs sein. Auch dort werden wir für eine solidarische, soziale und klimaneutrale Politik auftreten. Der Kampf um ressourcenschonendes und gerechtes Leben für alle geht weiter. Bleibt uns gewogen, auch auf unserem Blog und bei allen anderen Formaten, mit denen wir uns weiterhin laut und deutlich zu Wort melden werden.

In diesem Sinne, solidarische Grüße  
Marion Polaschek

## Kennst du schon...?

In der Rubrik stellen wir (neue) Betriebsrät:innen, Personalvertreter:innen und Aktivist:innen der Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion vor.

### David Rhemann

Ich bin Betriebsrats beim Verein GIN (Gemeinwesen Inklusion Normalisierung) Behindertenarbeit in Wien. Nachdem vielen Jahre ohne Betriebsrat, wurde 2017 erneut eine Gründung angestoßen. Seither bin ich freigestellter Betriebsratsvorsitzender für ca. 500 Kolleg:innen. Meine Intention war vor allem die Lücke im betrieblichen Kommunikationskreislauf nach oben, zu den Vorgesetzten und zur Geschäftsführung zu schließen. Rückwirkend betrachtet ist das gut gelungen. Man wird als Betriebsrat gehört und es besteht eine konstruktive Zusammenarbeit.

An sich wollte ich als Betriebsrat immer fraktionell unabhängig sein. Gleichzeitig stieg meine Ambition die fraktionelle Opposition innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen zu stärken. Die Entscheidung für die AUGE/UG war für mich die Richtige und ich fühle mich in der politisch diversen Gruppe von Idealist:innen genau am richtigen Ort.

Innerhalb meiner Fachgewerkschaft bin ich eine laute und lästige Stimme für die Re-Demokratisierung und mehr Transparenz und Mitbestimmung innerhalb dieser Strukturen.

Privat bin ich neben der Musik dem Handwerklichen sehr angetan. Ein Leben ohne Nähmaschine und Akkuschauber ist aus meiner Sicht möglich, aber sinnlos.

### Juliana Matysek

Betriebsrätin bei Greenpeace

In meiner Ursprungsfamilie war politisch aktiv zu sein so selbstverständlich wie atmen. Es war für mich einfach normal, mich selbst auch für Umweltschutz, Frieden, Menschen- & Arbeitnehmer:innenrechte einzusetzen. Bei den ersten Firmen, in denen ich gearbeitet habe, gab es keinen Betriebsrat (BR). Als ich dann in meiner aktuellen Arbeitsstelle begonnen habe, wo es schon seit Jahrzehnten einen tollen BR gibt, wurde mir klar, was für einen Unterschied das machen kann! Umso mehr habe ich mich gefreut, als man mir anbot, selbst BR zu werden, ich bin die dritte Funktionsperiode dabei.

Selbst kein Parteimitglied, schien es mir wichtig bei der AUGE/UG anzudocken, denn: Je nach Anzahl der AUGE/UG-deklarierten Betriebsrät:innen in einzelnen Branchen (=Wirtschaftsbereiche) hält die AUGE/UG Mandate in den entsprechenden Wirtschaftsbereichsaus-schüssen. Langfristig sichere Arbeitsplätze kann es nur mit einem radikalen Umbau der Gesellschaftsstruktur hin zu Ökologisierung & Degrowth geben.

### Martin Grabler

Mein Name ist Martin Grabler und ich bin Betriebsrat im Wohnfonds Wien. Wie ich zur AUGE/UG gekommen bin? Auf Umwegen. Ich war lange Zeit, die Neunziger- und Nullerjahre, in der Bezirkspolitik aktiv und habe damals in dieser Rolle immer wieder kritische, kämpferische und ökologische Organisationen unterstützt.

Erstmals als Betriebsrat aufstellen lassen habe ich mich im Jahr 2003, primär um mich um innerbetriebliche Probleme zu kümmern und eine kleine Abteilung gegen eine übermächtige Zentrale zu unterstützen. Aber natürlich auch um Feste, Ausflüge und diverse Annehmlichkeiten zu organisieren. Politische Agenden kamen erst später zu meiner Betriebsrats-tätigkeit dazu. Anlassbezogen habe ich begonnen mich über Arbeitsrecht und Mobbingprävention zu informieren und mich zum Konfliktlotsen ausbilden lassen, später auch zum Laienrichter beim Arbeitsgericht.

Nach einer längeren Funktionspause habe ich mich 2023 entschlossen, noch einmal als Betriebsrat zu kandidieren, auch wenn ich pensionsbedingt das Feld in Kürze meinem Nachfolger überlassen werde. Auf der Liste ganz oben: Erfahrung einbringen. Wir sind beide über sechzig Jahre alt und seit mehr als dreißig Jahren im gleichen Unternehmen.

# Renditen, Dividenden, Pleiten

TEXT **Veronika Litschel**



**Der Wirtschaft geht es schlecht, hören wir. Die hohen Lohnkosten sind schuld, wird uns erklärt.**

Ein seltsame Schiefelage ergibt sich bei den letzten Krisen- und Insolvenzmeldungen, sei es VW in Deutschland oder KTM in Österreich. Der Auszahlung von hohen Boni und Ausschüttungen an die Aktionär:innen folgen ein Zahlungsstopp an die Beschäftigten, Insolvenzmeldungen, Werksschließungen und Personalabbau. Bei KTM kommt dazu, dass Corona-Hilfen in Millionenhöhe beansprucht wurden, denen millionenschwere Dividenden an den Hauptaktionär Pierer seit 2020 gegenüberstehen. Der Blog Kontraste sieht hier einen beinahe direkten Zusammenhang.

## Privatisierung von Gewinnen

Dass Ausschüttungen an Aktionär:innen in Zeiten vermutlich absehbarer wirtschaftlicher Probleme auch schwere Folgen für die Unternehmen haben, liegt auf der Hand. Damit wird den Unternehmen Kapital entzogen, welches investiert werden könnte. Oder eingesetzt werden kann, um die Folgen von falschen Einschätzungen des Managements unternehmensintern abzufedern. Hier kommt die Frage auf, ob es nicht gesetzliche Nachschärfungen bräuchte. Denn die Idee, öffentliche Förderungen und Krisenhilfen unter Umständen mit

Gewinnen gegenzurechnen, erscheint anlässlich dieser Entwicklungen keineswegs absurd.

## Vergesellschaftung der Verluste

Durch Stellenabbau und Insolvenz, Werksschließungen und Produktionsstopp werden die Folgen der beschriebenen Unternehmenspolitik auf die Allgemeinheit abgewälzt. Ganz abgesehen von der schwierigen Situation, in der sich die Beschäftigten befinden, ihre Ansprüche werden aus öffentliche Geldern – unter anderem als Teil der Lohnnebenkosten – gedeckt. Auch Umschulungen und Arbeitslosengeld zahlen alle Lohnabhängigen über ihre Beiträge. Das ist ein vernünftiges Solidaritätsprinzip, doch scheinen sich die Unternehmen zunehmend daraus zu verabschieden. Damit wandert das unternehmerische Risiko zumindest teilweise zu den Lohnabhängigen, die keine Entscheidungsmacht in diesen Fragen besitzen.

## Aber Hauptsache wenig Staat

Die stetige Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten und weniger Staat mehr Privat der wirtschaftsliberalen und konservativen Flügel sowie von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung wirken entlang dieser Entwicklungen beinahe zynisch. Denn wenn es um öffentliche Förderungen geht, dann ist der Ruf nach dem Staat laut. Ebenso

bei der Bewältigung von Fehlentscheidungen im Management und in der Unternehmensstrategie. Gleichzeitig werden Steuern und eine Beteiligung am öffentlichen Wohlstand eher als Zumutung aufgefasst. Es scheint ein Sport zu sein, so viel wie möglich für sich selbst herauszuholen. Ein Sport, bei dem nur Wenige mitmachen können. Denn jene, die wirklich Unterstützung brauchen, werden für ihre Bedürftigkeit beschimpft und verurteilt.

## Und schon gar keine Vermögenssteuern

Bei den laufenden Koalitionsverhandlungen wird erneut deutlich, dass dieser Entwicklung kaum entgegengetreten wird. Die reflexartige Ablehnung von Vermögens- und Erbschaftssteuern, die mantraartige Forderung nach der Senkung von Lohnnebenkosten gedeiht in einem Erklärungsumfeld, in dem sogenannte Expert:innen die Insolvenzen hauptsächlich mit zu hohen Lohnkosten begründen. Hinterfragt wird diese Argumentation selten. Aber das macht sie nicht automatisch richtiger.

# Österreich

## Mit Nazis leben lernen

Die NS-Vergangenheit und ihre Nichtaufarbeitung von 1945 bis zum Aufstieg der FPÖ

### Entnazifizierung und Opfermythos

Mit dem Jahr 1946 wurde die Entnazifizierung von Österreich selbst und auf Grundlage des Verbotsgesetz, des Wirtschaftsüberungsgesetz und des Kriegsverbrechergesetz begonnen. Bereits hier ergaben sich Schwierigkeiten: Viele Nationalsozialist:innen – insbesondere sogenannte Mitläufer:innen – rechtfertigten ihr Handeln mit „Pflichterfüllung“ und „Befehlsnotstand“ und fühlten sich als Opfer ungerecht behandelt. Gleichzeitig setzte sich der Mythos durch, Österreich sei das „erste Opfer“ der nationalsozialistischen Expansion gewesen. Diese Annahme stützte sich auf die Moskauer Deklaration von 1943, in der die Alliierten erklärten, der „Anschluss“, der Österreich 1938 von Hitler-Deutschland aufgezwungen worden sei, sei null und nichtig. Häufig wurde ein wesentlicher Punkt der Erklärung ignoriert: „Jedoch wird Österreich darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Beteiligung am Kriege auf Seiten Hitlerdeutschlands Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und dass bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag berücksichtigt werden wird.“

### Reintegration

Nach dieser kurzen antifaschistischen Phase kam es zu einem Sinneswandel. Mit Beginn des Kalten Krieges trat Antikommunismus an die Stelle des Antifaschismus. Der Historiker Wolfgang Neugebauer schrieb:

TEXT Redaktion

„Der antifaschistische Geist von 1945 flaute bald ab. Der Kalte Krieg zwischen Ost und West beendete die Anti-Hitler-Koalition, und Nationalsozialisten, die sich als Vorkämpfer gegen den Bolschewismus sahen, wurden aufgewertet. Die Entnazifizierung und Strafverfolgung verloren an politischer Bedeutung. In Österreich begann ein Wettlauf aller Parteien um die früheren Nationalsozialisten als Wähler und Parteimitglieder.“ (Quelle: Wolfgang Neugebauer. Zum Umgang mit der NS-Euthanasie in Wien nach 1945)

Der Opfermythos ermöglichte es, alle gesellschaftlichen Gruppen als Opfer zu definieren: Opfer des Februarkämpfe 1934, Opfer des Ständestaates, Opfer des NS-Regimes, Opfer des Krieges und selbst die „Entnazifizierten“ wurden zu Opfern stilisiert. So konnte fast jede Person in der Nachkriegsgesellschaft sich als Opfer fühlen.

Mit der Nationalratswahl von 1949 war die gesellschaftliche Reintegration der Nationalsozialist:innen weitgehend vollzogen. Die Entnazifizierung sah so aus, dass zum Beispiel NSDAP-Mitglieder als „Minderbelastete“ gewertet wurden und sie wieder in wichtige Positionen gesetzt wurden.

### Konsens mit den Nazis

Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus trat zunehmend in den Hintergrund. Wichtige Positionen, auch in den Medien, waren noch immer von ehe-



maligen Nationalsozialist:innen besetzt. Kritik daran wurde schnell als „Nestbeschmutzung“ verurteilt. Der Opfermythos stärkte die Überzeugung vieler Österreicher:innen, sie hätten nichts Unrechtes getan. Man sah sich als „verführt“ oder „pflichtgetreu“. Unbeachtet blieb dabei, dass viele Österreicher:innen Hitler begeistert zujubelten, von Arisierungen profitierten und überproportional an SS, KZ-Wachmannschaften und anderen Verbrechen beteiligt waren. „Opfer“ wurden in der Wahrnehmung die „Heimkehrer“, die Soldaten des NS-Regimes, und die „Vertriebenen“.

#### Borodajkewycz

1962 geriet erstmals die Verdrängung der österreichischen NS-Verantwortung ins Wanken. Der Professor und ehemalige Nationalsozialist Taras Borodajkewycz galt als „Mindestbelasteter“. Unter anderem aufgrund seiner Freundschaft mit dem ÖVP-Unterrichtsminister Heinrich Dimmel, wurde er als Professor an die damalige Hochschule für Welthandel berufen. Borodajkewycz machte in seinen Vorlesungen keinen Hehl aus seiner ungebrochenen nationalsozialistischen Gesinnung und erntete Beifall für seine antisemitischen Tiraden. Unter anderen problematisierten Ferdinand Lacina und Heinz Fischer diesen Antisemitismus. Der Kabarettist Gerhard Bronner führte anhand Lacinas Protokoll ein fiktives Interview, es kam in der Folge zu Protesten.

Im März 1965 verletzte der Rechtsextremist Gunther Kümel im Zuge der Proteste den Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger bei einer Demonstration so schwer, dass dieser starb. In einer typisch österreichischen Lösung wurde Borodajkewycz bei vollem Gehalt pensioniert.

#### Kreisky und die Nazis

Nach der Nationalratswahl 1970 formierte Bruno Kreisky eine SPÖ-Minderheitsregierung und ernannte meh-

rere ehemalige Nationalsozialisten zu Ministern – fast ein Drittel der Regierung bestand aus Personen mit NS-Vergangenheit. Dazu zählten unter anderem: Otto Rösch, ein SA-Mitglied und Lehrer an einer NSDAP-Eliteschule zur Ausbildung zukünftiger NS-Kader; Josef Moser und Erwin Frühbauer, beide ehemalige NSDAP-Mitglieder; Johann Freishler, ein Offizier der Wehrmacht; sowie Johann Öllinger, ein SS-Sturmbannführer, der nach seinem gesundheitlich bedingten Rücktritt durch Oskar Weihs, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, ersetzt wurde. Günter Haiden, ebenfalls NSDAP-Mitglied, folgte wiederum auf Weihs.

Trotz erheblicher Kritik, vor allem aus dem Ausland, verteidigte Kreisky auch Friedrich Peter von der FPÖ, der als Mitglied der Waffen-SS an der Ermordung von mindestens 17.000 Jüdinnen: und Juden: beteiligt gewesen war. Als Gegenleistung für die Unterstützung der SPÖ-Minderheitsregierung erhielt die FPÖ eine Wahlrechtsreform, die kleinen Parteien zugutekam.

Der Holocaust-Überlebende und „Nazi-Jäger“ Simon Wiesenthal warf SPÖ-Justizminister Christian Broda eine „kalte Amnestie“ vor. Staatsanwaltschaften ignorierten Verdachtsmomente und erhoben keine Anklagen gegen NS-Täter, ein Vorgehen, das durch den Justizminister gedeckt wurde.

#### Waldheim

Kurt Waldheim, der ehemalige UN-Generalsekretär, kandidierte 1986 mit Unterstützung der ÖVP für das Amt des Bundespräsidenten. Dabei leugnete er sowohl seine Mitgliedschaft in der SA als auch die umstrittenen Aktivitäten seiner Einheit auf dem Balkan. Diese Informationen waren jedoch nicht neu: Bereits 1971, bei seiner ersten Kandidatur für das Präsidentenamt, hatte das FPÖ-nahe Salzburger Volksblatt Waldheims Zugehörigkeit zur SS-Reiterstandarte aufgedeckt und die ÖVP sogar aufgefordert, sich deshalb nicht von ihm zu distanzieren. (Quelle: Christoph Kotanko. Verleumdungszeugnis, in: profil, 21. 4. 1986, Nr. 17, S. 22-24, hier S. 24)

Waldheim reagierte auf die Vorwürfe zu seiner NS-Vergangenheit mit antisemitischen Aussagen. So erklärte er am 3. Mai 1986: „Die internationale Presse ist von dem jüdischen Weltkongress dominiert. Das ist wohl bekannt.“ Auch die ÖVP griff auf antisemitische Andeutungen zurück, indem sie behauptete, die „Ostküstenpresse“ oder „die Juden“ stünden hinter einer „Schmutzkübelkampagne“. Es wurde offen der Verdacht einer „jüdischen Weltverschwörung“ geäußert. Die Kronen Zeitung ging sogar so weit, handelnde Personen des World Jewish Congress mit Kannibalen zu vergleichen, was stark an antisemitische Ritualmordlegenden erinnerte.

Diese antisemitischen Aussagen und Codes, wie etwa der Begriff „Ostküstenpresse“, spielten später eine bedeutende Rolle beim Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider.

**Das Kabarettstück Bronners mit Originalaussagen von Borodajkewycz:**  
<https://lmy.de/RyYSD>  
**Ein Interview mit Rudi Gelbard zu dem Thema**  
<https://tinyurl.com/bdh3uubh>

# Alter und neuer Nationalismus

Im Gegensatz zum alten deutschnationalen Nationalismus in Österreich ist der „Standortnationalismus“ ein Phänomen des Neoliberalismus.

TEXT Redaktion

Das österreichische Nationalbewusstsein war in der Zweiten Republik lange keine Selbstverständlichkeit. Schon vor der Ersten Republik sahen sich rechte wie linke Bewegungen als Teil einer deutschen Nation. Der Glaube an eine eigenständige österreichische Nation entwickelte sich auch nach 1945 nur langsam. Im Parlament war der Deutschnationalismus vor allem in der FPÖ verankert und ist dort bis heute eine starke Strömung, oft getragen von Burschenschaften, für die Deutschnationalismus prägend ist. Jörg Haider bezeichnete die österreichische Nation sogar als „ideologische Missgeburt“.

## Rechts war Österreich schon immer!

Ein Blick auf die Wahlergebnisse seit 1945 zeigt, dass es fast immer eine Mehrheit von ÖVP und FPÖ (oder deren Ablegern wie dem BZÖ) gab.

Heute hat sich dieses Kräfteverhältnis jedoch zugunsten der FPÖ verschoben, die als rechtsextreme und stark deutschnationale Partei gilt. Gleichzeitig hat sich auch das linke Lager verändert: Lange Zeit dominierte die SPÖ (anfangs auch die KPÖ), später kamen die Grünen als links-liberale Kraft hinzu. Heute gibt es abseits von FPÖ und ÖVP mit den Neos auch eine starke neoliberale Kraft im Parlament.

Mit dem Aufschwung des Neoliberalismus haben auch viele linke Parteien neoliberale Positionen übernommen.

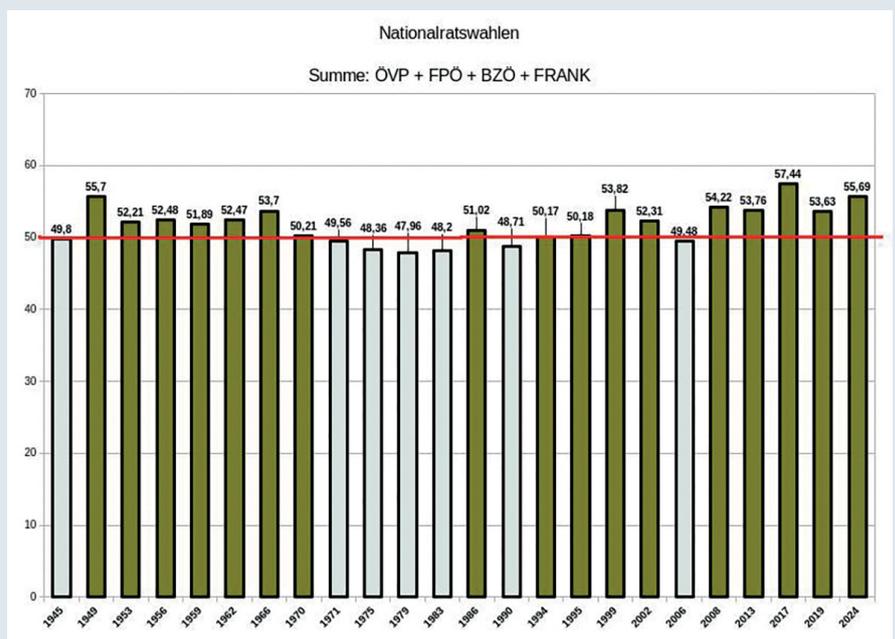
Obwohl Neoliberalismus und Gesellschaftsliberalismus oft zusammen auftreten, stärkt der Neoliberalismus tatsächlich den Nationalismus etwa in Form von Standortnationalismus.

## Der Neoliberalismus und sein neuer Nationalismus

Christoph Butterwegge, ein deutscher Politikwissenschaftler und Armutforscher, etablierte den Begriff des „Standortnationalismus“ als eine neue Form des Nationalismus. Der Begriff beschreibt laut Butterwegge eine Ideologie, die nationale Identität und Wettbewerbsgedanken miteinander verknüpft. Dabei wird die wirt-

schaftliche Stärke des eigenen Landes als Maßstab für nationale Überlegenheit gesehen. Der Standortnationalismus basiert auf der Vorstellung, dass der eigene „Standort“ – also die nationale Wirtschaft – anderen überlegen ist, weil die Bevölkerung als besonders leistungsfähig und tüchtig wahrgenommen wird. Dieser Nationalismus dient als Rechtfertigung, um Maßnahmen zu ergreifen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern sollen.

Butterwegge warnt vor den Gefahren, die der Standortnationalismus für die Gesellschaft und die Demokratie mit



Quelle: stopptdierechten.at/wissen/warum-ist-er-rechts

# Der Aufstieg des rechtsextremen Denkens

TEXT **Redaktion**

sich bringt. In seinen Augen ist dieser neue Nationalismus eine Folge neoliberaler Denkweisen, die den Wettbewerbsgedanken in alle Bereiche des Lebens tragen und soziale Sicherheit zunehmend als Hindernis für wirtschaftliche Effizienz sehen. So führt der Standortnationalismus zur „Reindividualisierung“ sozialer Risiken, was bedeutet, dass soziale Sicherungen immer mehr privatisiert und als individuelle Verantwortung betrachtet werden.

Außerdem sieht Butterwege die Demokratie selbst in Gefahr: Der Neoliberalismus, der hinter dem Standortnationalismus steht, fördert die Entpolitisierung von Entscheidungen. Da der Markt zunehmend die Richtlinien vorgibt, wird der Raum für politische Mitbestimmung kleiner. Die Macht verschiebt sich zugunsten wirtschaftlicher Akteure, während demokratische Prozesse an Bedeutung verlieren. Butterwege befürchtet, dass dieser Trend die sozialen Ungleichheiten weiter verschärft und langfristig eine solidarische Gesellschaft untergräbt.

**Rechtes, antisemitisches und nationalsozialistisches Gedankengut ist aus der österreichischen Gesellschaft nie ganz verschwunden, eine umfassende Entnazifizierung fand kaum statt.**

**S**eit den 1990er-Jahren zeigt sich ein deutlicher Aufstieg einer rechtsextremen Partei, die diese historische Kontinuität gezielt aufgreift und für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert.

## Treue zur Vergangenheit

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die FPÖ durch ihre Vorläuferorganisationen eng mit ehemaligen Nationalsozialist:innen verbunden. Der Verband der Unabhängigen (VdU) vereinte viele Ex-NSDAP-Mitglieder, die vom politischen Geschehen ausgeschlossen waren. Mit der Gründung der FPÖ 1955 durch Männer wie Anton Reinthaller und Friedrich Peter, die eine Vergangenheit in nationalsozialistischen Organisationen hatten, wurde dieser Grundstein der FPÖ-Geschichte gelegt. Reinthaller, der erste Parteichef, war ein ehemaliger SS-Mann und Minister im austrofaschistischen Regime und Peter diente als SS-Obersturmführer in einer Einheit, die an Massenmorden beteiligt war.

Trotz ihres geringen Wahlerfolgs in den Anfangsjahren spielte die FPÖ eine strategisch wichtige Rolle und fungierte oft als „Zünglein an der Waage“ zwischen den großen Parteien SPÖ und ÖVP. Diese Nähe zur politischen Macht hat die FPÖ über die Jahrzehnte hinweg gepflegt und dabei ihre ideologische Grundlage nicht abgeschüttelt. Auch als sich ab den 1980er Jahren unter dem liberalen Flügel eine Reform der Partei abzeichnete, blieben Verbindungen zur deutschnationalen und rassistischen Tradition bestehen. Spätestens mit dem Aufstieg von Jörg Haider kehrte die FPÖ zu einer offen rechtsextremen Rhetorik zurück, die sich in moderneren Codes und einem populistischen Sprachstil bis heute fortsetzt.

## Kontinuität der Sprache und der Feindbilder

Die Sprache der FPÖ ist seit ihrer Gründung durchzogen von Anspielungen und Codes, die eine antisemitische und rassistische Ideologie transportieren. Bereits Jörg Haider nutzte Ende der 1980er Jahre Begriffe wie „ideologische Missgeburt“, um die österreichische Nation zu diffamieren, und verankerte damit ein deutschnationales Narrativ, das Österreichs Eigenständigkeit infrage stellt. In dieser Rhetorik schwang immer eine Verherrlichung des nationalsozialistischen Deutschlands und eine tiefe Verachtung der Idee eines eigenständigen Österreich mit.

Ein typisches Beispiel für die antisemitische Tradition der FPÖ-Rhetorik ist Haiders Aussage über den Wahlkampfstrategen Greenberg, den er als „Spindocteur von der Ostküste“ bezeichnete. Die „Ostküste“ ist ein etablierter antisemitischer Code, der auf das „Weltjudentum“ und eine vermeintliche jüdische Kontrolle der Medien und Finanzwelt verweist. Auch unter späteren FPÖ-Politiker:innen, darunter Heinz-Christian Strache, wurde diese Sprache beibehalten und weiterentwickelt.

Diese Codierungen sind für ein breites Publikum oft schwer zu entschlüsseln, aber sie sprechen gezielt antidemokratische und antisemitische Ressentiments an, die in Teilen der Gesellschaft latent vorhanden sind. Die Nennung jüdischer Namen im Wahlkampf 2017, als der damalige Außenminister Sebastian Kurz und Strache gezielt mit dem Namen „Silberstein“ Ressentiments schürten, zeigt, dass antisemitische Narrative geschickt zur Mobilisierung der Wähler:innen-Basis eingesetzt werden.

## Vermeidung akademischer Diskussionen

Im Laufe der Jahre hat die FPÖ ihre Strategie weiterentwickelt und erkannt, dass komplexe, akademische Diskussionen über nationale Identität oder historische Zusammenhänge auf wenig Resonanz in der breiten Masse stoßen. Unter Jörg Haider und seinen Nachfolgern wurde daher ein neues Ziel ins Auge gefasst: das gezielte Schüren von Vorurteilen, die emotional stark wirken und gesellschaftliche Ängste ansprechen. Die FPÖ nutzt in ihren Kampagnen weniger direkte Aussagen zur historischen

„Deutschtümelei“, sondern verlagert den Fokus auf Themen wie Migration, Islam und Multikulturalismus, die für viele Menschen greifbarer sind und Ängste vor Überfremdung oder Identitätsverlust ansprechen.

Diese Strategie geht Hand in Hand mit der Verwendung antisemitischer und rassistischer Codes, die weniger direkt, aber genauso wirksam sind. So wird durch subtile Hinweise auf „Ostküste“, „Spindoktoren“ und andere Stereotype die antisemitische Ideologie weitervermittelt, ohne dass sie für alle offensichtlich wird. Die FPÖ verzichtet dabei bewusst darauf, tiefergehende intellektuelle Debatten zu führen, sondern setzt auf emotional aufgeladene Themen, die in Wahlkämpfen kurzfristig und unmittelbar wirken.

## Die Rolle der sozialen Medien

Ein weiterer entscheidender Faktor für den anhaltenden Erfolg der FPÖ ist die gezielte Nutzung der sozialen Medien. Über Plattformen wie Facebook, Twitter (X) und Telegram erreicht die FPÖ eine breite Zielgruppe, die für traditionelle Medien immer schwerer zu gewinnen ist. Die sozialen Medien ermöglichen es der FPÖ, ihre Botschaften ungehindert zu verbreiten und ein narratives Umfeld zu schaffen, das auf die Bedürfnisse ihrer Anhänger:innen zugeschnitten ist. So entsteht eine parallele Informationswelt, in der sich die FPÖ als einzig wahrhaftige Stimme der „besorgten Bürger“ inszeniert, die von den „Mainstream-Medien“ angeblich diffamiert werden.

## Der bedenkliche Aufstieg rechtsextremen Denkens

Die FPÖ hat es verstanden, sich als Partei der „besorgten Bürger“ zu positionieren und dabei rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Ressentiments aufzugreifen, ohne diese explizit zu benennen. Mit dieser Strategie ist es ihr gelungen, rechtsextreme Ideologien in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und ein Umfeld zu schaffen, in dem das Gedankengut ihrer Gründungsväter fortbestehen kann. Diese Entwicklung zeigt, dass die FPÖ trotz ihrer Wandlungsfähigkeit in ihrem Kern die antidemokratischen und menschenfeindlichen Werte der Gründungszeit bewahrt hat. Der Aufstieg des rechtsextremen Denkens in Österreich ist daher nicht nur das Resultat einer politischen Strategie, sondern auch das Symptom einer gesellschaftlichen Spaltung, die durch die FPÖ systematisch vertieft wird.

# Mediale Abkopplung

Wie rechte und rechtsextreme Gruppen ihre eigene Informationswelt schaffen und den öffentlichen Diskurs beeinflussen

In den letzten Jahren zeigt sich ein zunehmend besorgniserregender Trend: Rechte und rechtsextreme Gruppen und ihre Anhänger:innen distanzieren sich immer stärker von den etablierten, journalistisch seriösen Medien und bauen eine Parallelwelt von Informationskanälen auf, die auf ihre spezifischen Bedürfnisse und ideologischen Überzeugungen zugeschnitten sind. Plattformen wie FPÖ TV in Österreich, AUF1 TV oder auch Social-Media-Plattformen wie Twitter – oft von extremen Stimmen dominiert – gewinnen für diese Gruppen stark an Bedeutung. Dies führt zu einer immer größeren Abschottung dieser Menschen und einer Entkopplung, weg vom öffentlichen Diskurs.

## Der Rückzug in die eigene Medienwelt

Dieser Rückzug in eigens geschaffene Medienräume dient vor allem dem Zweck, ein „Gegenprogramm“ zu den etablierten Medien anzubieten, die von diesen Gruppen als „Mainstream-Medien“ oder „Systemmedien“ diffamiert werden. Das Vertrauen in öffentlich-rechtliche und große private Medien ist bei den Anhänger:innen dieser rechtsextremen Netzwerke stark gesunken, da sie oft der Überzeugung sind, dass diese Medien einseitig berichten oder eine „linke“ Agenda verfolgen.

Anstelle dessen haben rechte Medienangebote eine Parallelstruktur geschaffen, in der ausschließlich aus ihrer Sicht „unabhängige“ und „wahrhaftige“ Informationen verbreitet werden. So bieten Sender wie FPÖ TV und AUF1 TV gezielt Inhalte, die sich an ein Publikum richten, das sich in seiner Skepsis gegenüber dem Mainstream bestätigt fühlen möchte. Politische Inhalte, die die Weltsicht dieser Gruppen untermauern – etwa durch das Verbreiten von Verschwörungstheorien, die Ablehnung von Migration und des Klimawandels oder die Diffamierung des politischen Establishments –, stehen hier im Fokus.

TEXT **Redaktion**

## Die Rolle sozialer Netzwerke

Social-Media-Plattformen wie Twitter (bzw. X) spielen in diesem Kontext eine zentrale Rolle. Sie bieten Rechten und Rechtsextremen nicht nur eine Plattform für die Verbreitung ihrer Inhalte, sondern auch ein Medium, um sich international zu vernetzen. Hashtags, Schlagworte und verlinkte Inhalte schaffen eine eigene „Filterblase“, die das Weltbild der Nutzer:innen festigt und einen kritischen Dialog mit der übrigen Gesellschaft zunehmend unmöglich macht.

Dieser Trend hat Folgen: Die Menschen, die sich in diesen rechten Medienwelten bewegen, sind durch algorithmische Filter und die selektive Auswahl von Nachrichten und Informationen immer stärker isoliert. Für die etablierten Medienhäuser und andere Stimmen im öffentlichen Diskurs sind diese Menschen oft kaum noch erreichbar. Die Informationsblasen, die durch selektive Mediennutzung entstehen, verstärken das Gefühl von Abkopplung und schüren ein tiefes Misstrauen gegenüber der Gesamtgesellschaft.

## Die Reaktion der seriösen Medien – ein Balanceakt

Angesichts dieses Trends sehen sich seriöse Medien in einem Dilemma. Die Themen, die von rechten und rechtsextremen Medien propagiert werden, erreichen zunehmend gesellschaftliche Brisanz und spalten die Bevölkerung. Themen wie Migration, Corona-Maßnahmen und Klimapolitik werden von rechten Gruppen gezielt skandalisiert und polarisiert, und dies bleibt nicht ohne Einfluss auf die Berichterstattung auch seriöser Medien.

Viele Journalist:innen und Medienhäuser sehen sich daher gezwungen, auf diese Themen einzugehen, da sie ein großes Potenzial zur

gesellschaftlichen Mobilisierung haben. Indem die etablierten Medien jedoch Inhalte, die ursprünglich in rechten Medienkontexten aufkommen, übernehmen oder zumindest aufgreifen, tragen sie – gewollt oder ungewollt – zur Legitimierung dieser Themen bei. Rechte Narrative erhalten dadurch indirekt eine Plattform im öffentlichen Diskurs. Das mag zunächst nur ein Versuch sein, sich mit den gesellschaftlich diskutierten Fragen auseinanderzusetzen, hat aber auch den Effekt, dass diese Diskussionen in die politische Mitte getragen werden.

### **Der Einfluss auf die Meinungsbildung und die Gefahr der Extremisierung**

Diese Dynamik birgt jedoch Gefahren: Durch die verstärkte mediale Auseinandersetzung mit rechten Themen, ohne diese immer kritisch einzuordnen, werden extremistische Positionen normalisiert und gelangen in die politische Mitte. Rechtes Gedankengut, das ursprünglich nur in den Nischenmedien kursierte, erreicht dadurch eine breitere Öffentlichkeit und wird gesellschaftsfähig. Dies verstärkt die Legitimität dieser Perspektiven und ermöglicht es, extremistische Positionen salonfähig zu machen, ohne dass dies als extreme Ideologie wahrgenommen wird.

Darüber hinaus entsteht eine Art „Feedback-Schleife“: Wenn seriöse Medien rechte Themen aufgreifen, fühlen sich die rechte Szene und ihre Unterstützer:innen in ihrer Position bestätigt. Für sie ist das eine Art „Beweis“ dafür, dass „die Wahrheit“ ans Licht kommt und dass ihre Standpunkte doch berechtigt sind. Dies treibt die Isolation und Radikalisierung weiter voran, da die Anhänger:innen rechter Medien sich in ihren Verschwörungstheorien und dem Misstrauen gegenüber dem Rest der Gesellschaft bestätigt sehen.

### **Ein Teufelskreis und die Herausforderung der Mediengesellschaft**

Das Abkoppeln rechter und rechtsextremer Gruppen vom allgemeinen medialen Diskurs ist also eine komplexe Herausforderung. Seriöse Medien stehen vor dem Problem, dass sie den gesellschaftlichen Diskurs nicht vollständig ignorieren können, aber gleichzeitig auch keine Plattform für extremistische Inhalte bieten wollen. Die Gefahr, dass rechte Themen dadurch immer mehr an Einfluss gewinnen, ist auch eine große Herausforderung für die Demokratie und die Integrität des öffentlichen Diskurses.

Der Rückzug in die eigene Medienwelt führt zu einer zunehmenden Fragmentierung der Gesellschaft, und je mehr Menschen sich in extremistische Parallelwelten zurückziehen, desto schwieriger wird es, wieder einen gemeinsamen gesellschaftlichen Nenner zu finden. Für die Medienlandschaft bedeutet dies, dass sie sich fragen muss, wie sie mit dieser Dynamik umgehen will, ohne sich von Extremist:innen und ihrer Agenda instrumentalisieren zu lassen. Der Schutz des demokratischen Diskurses und der Faktenbasiertheit der Berichterstattung wird hier zur zentralen Herausforderung.

Es bleibt die Frage, wie Medien darauf reagieren können, um dem Einfluss extremistischer Ideologien entgegenzuwirken, ohne in ihre Agenda hineingezogen zu werden.

# Rechte Diskursverschiebung

Wie ÖVP und SPÖ zunehmend die Rhetorik der FPÖ übernehmen

Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre in Österreich zeigen eine bedenkliche Annäherung der ÖVP und – in Teilen – auch der SPÖ an rechte Diskursmuster, wie sie traditionell von der FPÖ geprägt werden. Besonders auffällig wird dies im Bereich der Migrationspolitik und in der Verwendung von antisemitischen Codes und rassistischen Andeutungen. Die schrittweise Übernahme dieser Themenfelder durch die bürgerliche und teils auch sozialdemokratische Parteienlandschaft weist auf eine Normalisierung von Begrifflichkeiten und Denkmustern hin, die einst auf den rechten Rand beschränkt waren.

## Migration als Polarisierungsinstrument

Die FPÖ hat seit langem das Thema Migration als politisches Instrument genutzt, um Ängste und Ressentiments zu schüren und Wähler:innen zu mobilisieren. Doch mittlerweile ist der migrationskritische Diskurs auch in der ÖVP fest verankert. Besonders durch Sebastian Kurz und seinen Nachfolger wie Karl Nehammer ist das Thema Migration zu einem zentralen Element in der Programmatik der Volkspartei geworden. Schlagworte wie „illegale Migration bekämpfen“ und „Asylbetrug“ wurden in die politische Kommunikation übernommen und dienen dazu, das Bild einer Bedrohung zu schaffen, dem die ÖVP als „Schutzpartei“ entgegentreten vorgibt.

Auch die SPÖ, vor allem unter Hans Peter Doskozil, hat sich diesem Diskurs zunehmend angenähert. Doskozil, der sich immer wieder als Anwalt der „besorgten Bürger:innen“ positioniert, hat wiederholt eine restriktivere Migrationspolitik eingefordert und sich damit von Teilen der eigenen Parteibasis entfernt. Diese Annäherung an die Rhetorik der FPÖ lässt eine Verwässerung sozialdemokratischer Werte erkennen, während sich die SPÖ scheinbar bemüht, in diesem stark polarisierten Thema nicht als „zu liberal“ wahrgenommen zu werden. Auch wenn unter Babler eine versuchte Umkehr auf diesen Weg erkennbar ist.

TEXT **Redaktion**

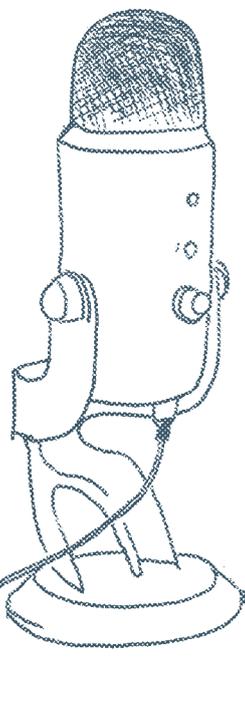
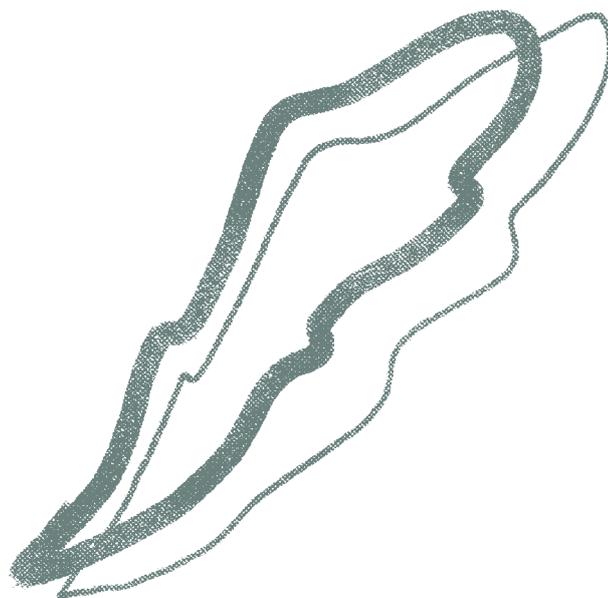
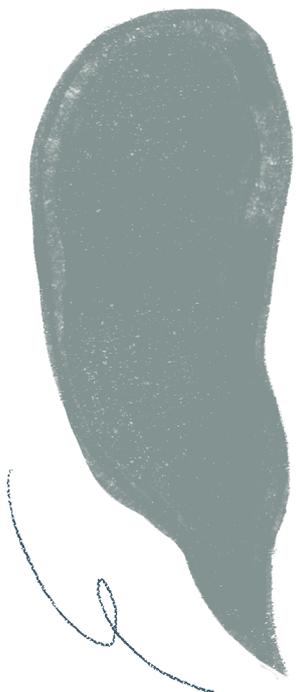
## Antisemitische Codes und „Feindbilder“

Eine besonders besorgniserregende Entwicklung ist die zunehmend offenere Verwendung antisemitischer Codes und die subtile Andeutung von Verschwörungstheorien. Während die FPÖ traditionell auf antisemitische Ressentiments und fremdenfeindliche Untertöne setzt, finden sich ähnliche Tendenzen nun auch in der ÖVP wieder. Ein besonders aufschlussreicher Moment war die wiederholte Nennung von jüdisch anmutenden Namen wie „Silberstein“, die eine verborgene Einflussnahme andeuten sollen. Diese antisemitischen Untertöne greifen dabei auf ein altes, aber wirksames Instrumentarium zurück, das fremdenfeindliche und antisemitische Vorurteile bedient, ohne sie offen anzusprechen.

Mit dieser Art von Kommunikation spielt die ÖVP mit dem Feuer, indem sie antisemitische Andeutungen normalisiert und salonfähig macht. Die Verwendung jüdisch klingender Namen in einem negativen Kontext ist eine subtile, aber gezielte Strategie, um Misstrauen zu säen und gewisse gesellschaftliche Gruppen zu stigmatisieren.

## Normalisierung und die Gefahr für die Demokratie

Durch die Übernahme der Rhetorik und Diskurselemente der FPÖ tragen ÖVP maßgeblich und in Teilen auch die SPÖ dazu bei, rechte Narrative zu normalisieren. Indem sie Begriffe und Bilder in den politischen Mainstream bringen, die einst als rechte galten, verschieben sie die Grenzen dessen, was sagbar und politisch akzeptabel ist. Diese Verschiebung droht nicht nur, den sozialen Zusammenhalt in Österreich zu gefährden, sondern stellt auch eine Gefahr für die demokratische Kultur des Landes dar.



Rechte Parteien erhalten Zustrom, Kriege erschüttern uns, Umweltkatastrophen nehmen rasant zu, Donald Trump gewinnt die Wahlen in den USA. In einer Zeit multipler Krisen resignieren immer mehr Menschen. Das Dagegenhalten scheint schier aussichtslos, Diskussionen werden begleitet von Ohnmachtsgefühlen und Unbehagen.

Nach der Veröffentlichung des Wahlergebnisses reagiert Barbara Blaha mit einem Video auf Facebook. Nicht aufgeben lautet ihre Devise. Wir fragen sie in einem Interview wie das gelingen kann.

**Was setzt du dem „nicht mehr wollen“ entgegen, wo siehst du Anknüpfungspunkte zur weiteren Motivation?**

Ich verstehe die Frustration vieler Menschen sehr gut – es gibt Krisen an allen Ecken und Enden, und oft scheint es, als ginge es nur bergab. Es ist verlockend, zu resignieren und sich dem Gefühl der Machtlosigkeit hinzugeben. Doch ich glaube, gerade jetzt ist es entscheidend, sich daran zu erinnern, dass Veränderung möglich ist. Aber dafür brauchen wir einen langen Atem. Was mir Hoffnung gibt, sind die zahlreichen engagierten

Doch ich glaube, gerade jetzt ist es entscheidend, sich daran zu erinnern, dass Veränderung möglich ist.

Menschen, die ich jeden Tag treffe – Menschen, die in ihrer Gemeinschaft etwas bewirken wollen. Wahre Veränderung entsteht immer nur von unten. Dann, wenn Menschen sich zusammenschließen, um für gemeinsame Ziele zu kämpfen. Dieses Engagement von unten hat schon oft zu bedeutenden gesellschaftlichen Veränderungen geführt. Jede:r Einzelne kann zu diesem Wandel beitragen. Wir müssen die Ärmel hochkrempeln und aktiv werden, denn eine Demokratie ohne uns und unser Engagement, die gibt es nicht.

**Was sind deiner Meinung nach die vordringlichsten Themen, worauf müssen wir in nächster Zeit besonders achten?**

Die großen Herausforderungen der nächsten Zeit sind mehrschichtig. Zum einen sehe ich die wachsende soziale Ungleichheit als zentrale Bedrohung. Es kann nicht sein, dass immer mehr Menschen um das Nötigste kämpfen müssen, während der Wohlstand einiger Weniger rapide zunimmt. Dieses Ungleichgewicht hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche: es untergräbt die Demokratie, schwächt die gesellschaftliche Solidarität und schafft einen fruchtbaren Boden für Extremismus.

Gleichzeitig ist der Klimawandel die alles überschattende Krise unserer Zeit. Wenn wir jetzt nicht entschieden handeln, wird es keine gerechte Zukunft geben. Soziale und ökologische Fragen sind eng miteinander verknüpft – eine gerechte Klimapolitik muss sozialen Zusammenhalt gewährleisten.

Soziale und gewerkschaftliche Bewegungen sollten sich breiter vernetzen und über das gewohnte Spektrum hinausdenken.

**Wie können soziale/gewerkschaftliche Bewegungen trotz der Rückschläge wachsen?**

Der Weg nach vorne liegt in der Zusammenarbeit. Soziale und gewerkschaftliche Bewegungen sollten sich breiter vernetzen und über das gewohnte Spektrum hinausdenken. Ein gemeinsames Ziel verbindet uns alle: die Schaffung einer gerechteren, nachhaltigeren Gesellschaft. Das heißt, auch über politische und gesellschaftliche Grenzen hinweg Allianzen zu schmieden und neue Formen des Engagements zu finden. Besonders wichtig ist es, Menschen auf Au-

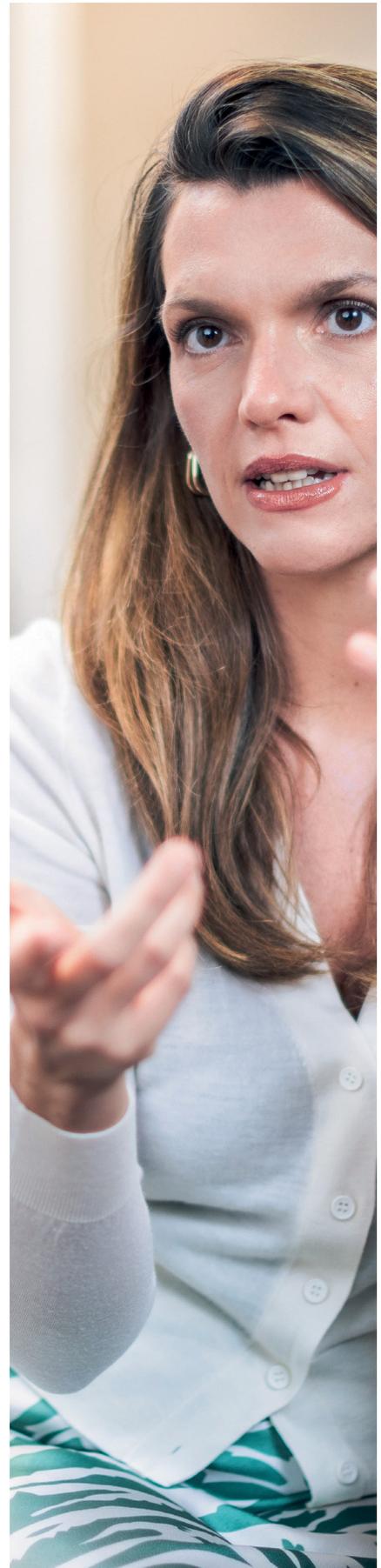
genhöhe zu begegnen und sie aktiv einzubinden – jede Stimme zählt, und wir brauchen jede Unterstützung. Und auch Rückschläge sind wertvolle Lehrmeister:innen. Sie zwingen uns, nachzudenken, was funktioniert und was wir verbessern können. Die Bewegungen müssen widerstandsfähiger und flexibler werden, um auf die immer neuen Herausforderungen reagieren zu können.

**Und was motiviert dich?**

Es ist nicht immer einfach, und es gibt sicher Tage, an denen auch ich zweifle. Doch das Ziel, eine gerechtere Gesell-

Die Bewegungen müssen widerstandsfähiger und flexibler werden, um auf die immer neuen Herausforderungen reagieren zu können.

schaft zu schaffen, ist für mich eine Quelle unerschöpflicher Motivation. Ich bin überzeugt: Wenn wir zusammenhalten und dranbleiben, können wir langfristig etwas bewegen. Das Geheimnis ist, auszuhalten, dass es keinen Zieleinlauf geben wird. Wofür ich mich gerade stark mache, wofür ich kämpfe, das war schon lange vor mir da und das wird noch lange nach mir da sein. Der Tag, an dem die Welt ein gerechter Ort ist, wird nicht kommen. Ankommen werden wir also nie. Es geht in der Arbeit wie im Leben eben nicht um das Ziel, sondern um den Weg. Camus hat geschrieben: Wir müssen uns Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen. Denn der Kampf gegen Gipfel vermag ein Menschenherz auszufüllen. Am Weg wartet die Erkenntnis, dass man seine kurze Zeit hier auf Erden sinnvoll verbracht hat. Dass man sein Leben einer Sache gewidmet hat, die größer war als man selbst. Dass das eigene Leben damit eine Bedeutung hatte. Und deshalb war es ein rundherum gelungenes Leben.



ANGST FÜLLT.  
DIE LÜCKE.  
EIN VAKUUM  
IN DER  
GESELLSCHAFT  
DAS IMMER  
LAUTER — WIRD.

UND WAS IST JETZT MIT  
DEN MILLIONEN TOTEN?  
WAHNSINN. DIESE LÜGEN-  
PRESSE. IMPFWAHNSINN.

SCHLIESSEN.  
ALLES. ZU MACH'N.

ALLE GRENZEN.  
DIESE. DIESE  
LÜGEN PRESS'N  
GEGEN UNS.

DIE  
SIND  
GEGEN.  
UNS

WER?!!!WER?  
SCHÜTZT  
DENN UNS-



R

UND AUF EINMAL IST  
DA DIESER MANN UND  
SAGT ALL DIESE SACHEN  
UND ICH HÖRE DAS—  
DAS ALLES UND ICH—  
ICH WEISS NICHT WAS—  
ICH — WAS — ICH—

ES LIEGT AUF  
DER HAND. DU  
MUSST DEM MANN  
SAGEN, DASS SO  
WAS NICHT GEHT

UND DANN?  
ALS OB DAS  
SO EASY  
WÄR...

ICH SPÜR'  
DIE ANGST  
SOGAR  
JETZT.

UND DA  
WAREN —  
KEINE WÖRTER.  
NUR ANGST.  
SEINE ANGST  
IST AUF MICH  
GEGANGEN.  
ICH WAR  
HILFLOS.

MIT UNS  
DRÜBER  
REDEN—  
ES NICHT  
EINFACH  
VERGESSEN.

SUCH NACH  
MENSCHEN.  
NACH WÖRTER.  
FÜLL  
DAS VAKUUM.



**Sollen sich Gewerkschaften zu Wahlergebnissen äußern? Manche meinen nicht, andere sehen dies als ureigenste Aufgabe.**

TEXT **Martin Olga**

In Österreich laufen Wahlen demokratisch ab, d.h. jeder kann die Partei wählen, die sie:er möchte. Deshalb ist nach der Wahl das Ergebnis auch zu akzeptieren, die Wähler:innen haben gesprochen, welche Partei(en) die nächste Regierung bilden soll(en). Dass nach der Wahl gegen eine Partei, die jeder Dritte gewählt hat, Stimmung gemacht wird, ist nicht gut. Im Parlament sollen die Parteien jetzt gemeinsam gute Arbeit leisten, ein gutes Leben für die Menschen in Österreich ermöglichen. Z.B. gegen die Teuerung angehen und nicht miteinander streiten. Was ist überhaupt links und rechts, diese Begriffe sind mittlerweile überholt. Es geht um Österreich, da sollten alle gemeinsam arbeiten.

Außerdem führt die Ausgrenzung der FPÖ nur dazu, dass sie beim nächsten Mal noch stärker wird. Die FPÖ-Wähler:innen finden es ungerecht, dass die Wahlsiegerin nicht mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Sie fühlen sich ausgegrenzt und nicht ernst genommen. Und werden beim nächsten Mal wieder die FPÖ wählen. Und zusätzlich noch viele Leute mehr, die diesmal anders gewählt haben, oder gar nicht wählen waren, nach dem Motto: Jetzt erst recht.

In der Opposition kann Kickl die Regierung antreiben, ohne selbst Verantwortung übernehmen zu müssen - und bei der nächsten Wahl wird die FPÖ bei 40% landen.

TEXT **Laura Kaiser**

Die meisten Stimmen bei einer Wahl zu haben, bedeutet nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter der Politik der gewählten Partei steht. Die FPÖ wurde von ungefähr einem Drittel aller Wahlberechtigten gewählt, die überwiegende Mehrheit hat die FPÖ nicht gewählt und auch die Wähler:innen der FPÖ haben ihr aus den unterschiedlichsten Motiven ihre Stimme geschenkt. Viele davon wollen die FPÖ nicht in einer Regierung sehen.

Kickls Vorgehen, den anderen eine Nichtakzeptanz zu unterstellen, ist nichts anderes als der nächste Versuch der Spaltung. Die FPÖ spaltet seit jeher, indem sie den anderen unterstellt, undemokratisch zu sein. Dabei bedeutet Demokratie genau diese Auseinandersetzung, es geht darum Mehrheiten zu finden und miteinander zu reden.

„Volkskanzler“ sind nicht demokratisch, sondern sie ernennen sich selbst, als Vertreter:innen eines wie auch immer definierten Volkes, in dem nicht alle Platz haben. Diese Politik ist nicht demokratisch, sondern gefährlich. Schneller als man schauen kann, ist man selbst nicht mehr Teil des Volkes. Der FPÖ eine Regierungsverantwortung zu überlassen, scheint auf den ersten Blick verlockend. Auch von nicht FPÖ Wähler:innen wird in den Raum gestellt, dass die Verantwortung zu einer Entzauberung der FPÖ führen kann. Leider zeigen uns die letzten schwarz blauen Projekte, wohlgermerkt nicht unter FPÖ-Führung, wohin diese führen. Wir leiden noch immer an den Auswirkungen und spüren sie tagtäglich, sei es bei der gesundheitlichen Versorgung, in den Schulen usw. Und so bleibt die Überzeugung: eine weitere FPÖ-Beteiligung können wir uns nicht leisten!

TEXT Vera Koller und Marion Polaschek

## Als Gewerkschaftsfraktion gehen uns Wahlen nichts an. Ist das so?

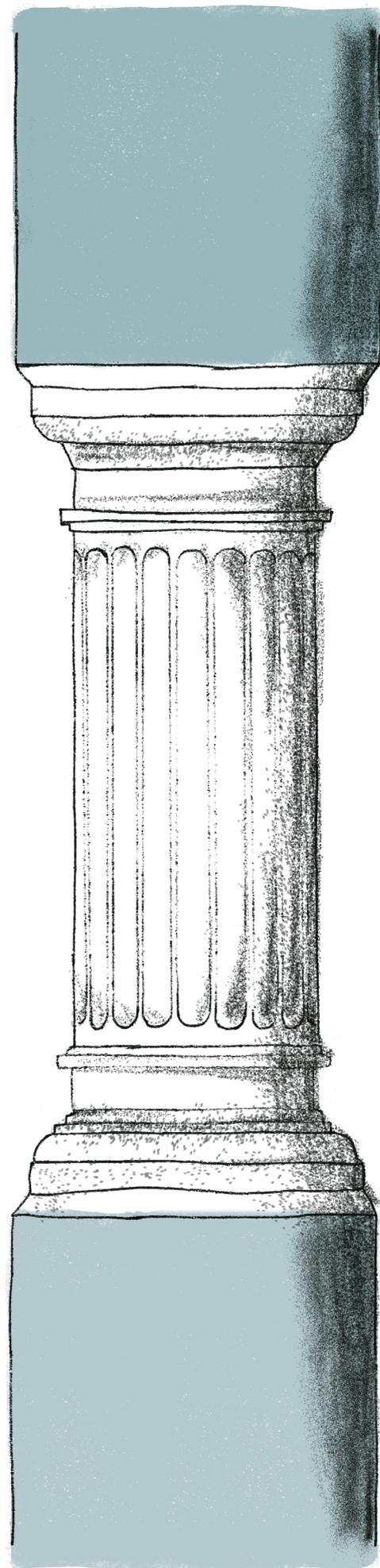
**D**ie Unabhängige Gewerkschaftsfraktion für mehr Demokratie im ÖGB ist von ihrem Grundverständnis parteipolitisch unabhängig, aber deshalb nicht unpolitisch. Gewerkschaftsarbeit kann nie unpolitisch sein, da gesellschaftliche Veränderungen auch Auswirkungen auf die Gewerkschaften haben, wirken politische Einstellungen weit in unsere individuellen Handlungen hinein.

Gewerkschafter:in zu sein bedeutet sich für andere einzusetzen, den Mund aufzumachen, sei es bei Ungerechtigkeiten, oder um Schwächeren zu helfen. Solidarisch und Miteinander! Trotz oft berechtigter Kritik an den Apparaten der Gewerkschaften, symbolisieren diese gemeinsame Stärke im Interesse der Beschäftigten und so waren Gewerkschafter:innen seit jeher Feindbilder der FPÖ. Zum Inbegriff freiheitlicher Politik gehört das Verständnis der eigenen Leistungsfähigkeit. Zusammengefunden wird in elitären Burschenschaften, in denen nicht jede:r willkommen ist. Seit jeher versucht die FPÖ die Institutionen der Beschäftigten anzugreifen. Dies geschieht unter einem klaren Machtkalkül. Im gesellschaftlichen Bild der FPÖ haben Gewerkschaften keinen Platz, sie sind Störfaktor eines liberalen Wirtschaftens. Während Superreiche reicher werden, gehört die Aushöhlung des Sozialstaates, ein hartes Vorgehen gegen Leistungsschwache zum Inbegriff rechter Politik. Verteidiger:innen dieser Errungenschaften gilt es für sie zu bekämpfen und zu schwächen.

Gewerkschaftlich denken endet auch nicht an der Tür des eigenen Betriebes oder an irgendwelchen Landesgrenzen. Wenn man Solidarität ernst nimmt, dann kennt sie keine Unterscheidung zwischen Nationen, Zugehörigkeiten zu bestimmten Menschengruppen oder auch religiösen Anschauungen. Alles das ist aber für das Welt- und Menschenbild der FPÖ und anderer rechter Parteien Grundlage ihrer Ideologie: Unterschiede sind dort wichtiger als das, was uns eint. Dahingegen stehen Gewerkschafter:innen für Einigkeit und Zusammenhalt über alle Grenzen hinweg.

Links und Rechts mögen für manche veraltete Begriffe sein, aber im gewerkschaftlich verstandenen Kontext sind diese Begriffe inhaltlich ganz klar. Gewerkschafter:innen stehen an der Seite der Schwächeren, Kämpfen für die Rechte der Schwächeren überall, fortschrittlich und solidarisch! Wenn Gewerkschafter:innen die FPÖ wählen, schalten sie sich selber ab!

Und so gehört es zur ureigensten Aufgabe der UG gegen rechte Politik – egal in welcher Partei oder von welchen Verantwortlichen diese vertreten wird - aufzustehen. Es ist keine Gesellschaftsspaltung oder Missachtung von Wahlergebnissen, wenn wir weiterhin zu unseren Werten stehen, unsere Kritik sachlich, aber laut äußern und versuchen, Menschen davon zu überzeugen, dass Zusammenhalt und Einsatz für Schwächere die bessere Lösung sind. Unsere politische Arbeit und öffentlichen Statements folgen unserer klaren linken Haltung und sicher keinem Parteiprogramm, auch keinem linken.





## Wenn Recht zur Ware wird

Leben in Zeiten des real existierenden rechtskonservativen Neoliberalismus

**F**ünf Nobelpreise gingen bisher nach Argentinien. Beobachter:innen führen dies auf das gut ausgebaute öffentliche Bildungssystem zurück, das Bildung als Recht aller Staatsbürger:innen sieht und öffentlich finanziert. Eine Erfolgstory, die dem langen Kampf um dieses Recht recht gab – bisher.

Nun soll nach Vorstellung des neuen Präsidenten Javier Milei Bildung über Wettbewerb und Befreiung von staatlichen Zwängen erfolgen. Die staatliche Finanzierung der Universitäten wurde fast auf null gesetzt und soll einem Gutscheinsystem weichen. Dies hat weitreichende Folgen: Bildungseinrichtungen werden nicht mehr direkt finanziert, sondern es entsteht ein Dienstleistungssystem, das nur Kund:innen und Anbieter:innen kennt. Angebot und Nachfrage ersetzen das Recht auf Bildung und einheitliche Standards. Der Markt soll regeln, was öffentlich finanziert und in der Lehre umgesetzt wurde.

2022 lag der Anteil an Studierenden aus der Arbeiterklasse bei 47,8%. Durch die Umstellung ist zu befürchten, dass dieser deutlich sinkt. Gut gebildete Menschen sind das Rückgrat stabiler Staaten. Warum also dieser Angriff auf zugängliche Bildung? Was treibt Javier Milei an, dieses Potential zu zerstören? Sein politisches Programm enthält nur wenige Punkte zur Bildung. Es geht um die Abschaffung von Zwang, die Abänderung von Lehrplänen ohne Beteiligung der Wissenschaft und die Beschneidung sexueller Aufklärung, ein Zugeständnis an religiöse Kreise.

Mileis Kulturkampf zielt offenbar auf die Zerstörung von Bildungseinrichtungen und Diskursräumen ab, die das kritische Denken fördern. Widerstand kann er nicht brauchen. Seine Politik wird von Hass- und Hetzkampagnen gegen Kritiker:innen be-

TEXT Marion Polaschek

gleitet. Gewerkschaften und soziale Bewegungen nennt er „Feinde des Fortschritts“ und reagiert repressiv auf Proteste. Auch Frauenrechte stören seinen Plan. Am 8. März 2024 wurden Darstellungen bedeutender Frauen im Präsidentenpalast überhängt und demonstrierende Bedienstete mit Lohnabzug bedroht.

Milei ist mit der rechtsextremen Parteienweltweit vernetzt, wie der spanischen VOX und dem französischen Rassemblement National. Im Mai 2024 rief er in Madrid zum Kampf gegen den Sozialismus auf. Diese Verbindungen stärken seine Position. Und er ist ein Anhänger der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, die individuelle Freiheit und staatliche Zurückhaltung betont. Er setzt auf totale Marktliberalisierung und Reduktion staatlicher Eingriffe.

Milei weiß um die Radikalität seiner Maßnahmen und argumentiert, dass kurzfristige Schmerzen langfristige Gewinne bringen. Bisher blieben die erhofften Investitionen, trotz massiver Zugeständnisse und Erleichterungen für interessierte Finanziere allerdings aus, während soziale Spannungen, Lebenshaltungskosten und das Verhältnis von Erkrankten zu Behandlungsmöglichkeiten erheblich stiegen.

Wen das alles an Trump und seine Auftritte erinnert, trifft ins Schwarze: Milei ist nach eigener Aussage sein größter Fan.

# Wer ist Alice? Wer ist Laurene?

Bei Macht und ökonomischem Erfolg denken wir nicht an Frauen

TEXT Marion Polaschek

Obwohl immer wieder sehr erfolgreiche Geschäftsfrauen US-amerikanische Präsidentschaftskandidatinnen unterstützt haben, wird in den Berichterstattungen wenig über deren Wirtschaftskompetenz gesprochen. Männern auf der anderen Seite, wird im Gegenzug von den Medien gerne und oft wirtschaftliche Fähigkeiten, Genialität und „Self-Made-Charakter“ zugesprochen. Und das auch dann, wenn sie ihren Reichtum mit familiärer Starthilfe aufbauten und viele Rückschläge nur durch Glück bewältigten. Diese ungleiche Betrachtung lässt Frauen in den Hintergrund der Diskussion treten und sie weniger stark und kompetent erscheinen, als sie sind.

## Alice Walton

Die reichste Frau der Welt hat Hillary Clinton bei ihrer Präsidentschaftskampagne 2016 unterstützt. Walton erbt das Walmartvermögen, das auf etwa 95 Milliarden US-Dollar geschätzt wird. Sie festigte und vermehrte es unter anderem auch durch die Gründung des Crystal Bridges Museum of American Art in Arkansas, das eine bedeutende Sammlung amerikanischer Kunst beherbergt. Der regionale Aufschwung, der dieser Initiative folgte, ist ebenfalls ihrem Einsatz und Geschick zu verdanken. Doch, statt ihre strategischen Fähigkeiten und ihr Engagement für Kunst und Kultur hervorzuheben, liegt der Fokus der Medien weiterhin auf ihrer Rolle als Erbin und Unterstützerin.

## Laurene Powell Jobs

Die Witwe von Steve Jobs ist eine weitere prominente Unterstützerin der Demokratischen Partei und eine enge Freundin von Kamala Harris. Ihr Vermögen wird auf rund 11 Milliarden US-Dollar geschätzt. Sie gründete die Emerson Collective, eine Organisation, die sich auf Bildung, Immigration

und soziale Gerechtigkeit konzentriert. Ihr Vermögen hat sie durch kluge unternehmerische Aktivitäten weiter vermehrt. Trotz ihrer bedeutenden wirtschaftlichen Erfolge und ihres philanthropischen Engagements findet man in den Medien wenig zu ihrer Wirtschaftskompetenz, dafür umso mehr über ihre Rolle als Witwe und als Wohltäterin.

## Weitere, aktuelle Beispiele

Taylor Swift und Beyoncé. Beide Künstlerinnen haben sich im Wahlkampf für die Demokratische Partei engagiert, werden jedoch vorwiegend als Künstlerinnen dargestellt und nicht als die erfolgreichen Geschäftsfrauen, die sie auch sind. Taylor Swift hat ein Vermögen von etwa 1,44 Milliarden Euro aufgebaut. Sie besitzt die Rechte an ihren eigenen Aufnahmen, hat lukrative Werbeverträge mit großen Marken abgeschlossen und ihre „Eras Tour“ war ein wirtschaftlicher Erfolg. Swift ist darüber hinaus auch Social Media- und Marketingprofi und setzt ihr Können zur Festigung ihrer eigenen Vermarktung höchst erfolgreich ein.

Beyoncé wiederum ist bekannt für ihre Fähigkeit, ihre kreative Vision in all ihre Projekte einzubringen und hohe Standards zu setzen. Mit ihrem geschätzten Vermögen von rund 450 Millionen Euro gründete sie mehrere Unternehmen in der Mode- und Unterhaltungsindustrie. Außerdem hat sie ihren Erfolg durch harte Arbeit und strategische Entscheidungen erreicht, ohne von einem familiären Millionenvermögen zu profitieren. Sie hat sich ihren Weg an die Spitze der Musik-



und Geschäftswelt aus einem mittelständischen Umfeld tatsächlich selbst erarbeitet.

Die Frage bleibt, warum erfolgreiche Frauen im Gegensatz zu Männern im politischen Kontext oft auf ihre Rollen als Erbinnen, Witwen oder Künstlerinnen reduziert werden oder man ihnen Verantwortung nicht zutraut. Ihre beeindruckenden wirtschaftlichen Fähigkeiten und ihr strategisches Geschick werden selten hervorgehoben, obwohl sie bedeutende Beiträge zur Wirtschaft und Gesellschaft leisten.

Zum anderen zeigt sich, wie im normalen Erwerbsleben auch, eine unterschiedliche Bewertung von Tätigkeiten und dessen, wofür Vermögen verwendet werden: Technik und Finanzbereich werden im Allgemeinen deutlich höher eingeschätzt als die Kreativindustrie, die Philanthropie oder auch Bildung.

# Keep calm, shake it off and carry on

**Der Wahlsieg Donald Trumps ist ein Arbeitsauftrag für Gewerkschafter:innen**

TEXT **Marion Polaschek**

**D**er erneute Wahlsieg von Donald Trump hat viele Menschen weltweit schockiert. Seine Politik geht oft auf Kosten der Schwächsten in der Gesellschaft. Trumps wirtschaftliche Ideen, seine Angriffe auf Gesundheit, Frauen- und Menschenrechte sowie Gewerkschaften und seine Unterstützung für gewerkschaftsfeindliche Unternehmen sind Warnsignale für alle, die eine gerechte Gesellschaft und starke Arbeitnehmer:innenrechte wollen. Seine Aussagen nach der Wiederwahl lassen keine positiven Veränderungen erwarten.

Trumps protektionistische Handelspolitik könnte neue Zölle und Handelsbarrieren bedeuten, was besonders für europäische Exporte und Österreichs exportorientierte Wirtschaft fatal wäre. Arbeitsplatzverluste und Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen wären durchaus erwartbare Folgen.

Seine kritische Haltung gegenüber internationalen Organisationen erschwert die globale Zusammenarbeit und die Durchsetzung von Arbeits- und Umweltschutzstandards. Trumps



Unterstützung für fossile Brennstoffe und seine Ablehnung des Pariser Klimaabkommens bedrohen die Klimaschutzbemühungen Europas und der ganzen Welt. Gewerkschaften, die sich für nachhaltige Arbeitsplätze und faire Lieferketten einsetzen, stehen somit vor zusätzlichen Herausforderungen.

Trumps Politik und seine Bewunderung für autokratische Machthaber:innen stärkt rechtspopulistische

Bewegungen weltweit, die ebenfalls gewerkschaftsfeindlich sind. Das macht die Arbeit von Gewerkschaften schwerer und auch risikoreicher.

## **Klare Positionen vertreten**

Aber trotz des jetzt so lauten Brüllens der autoritären Rechten gibt es dennoch Gegenstimmen, die weiterhin für eine solidarische, gerechte Gesellschaft kämpfen. Diese Stimmen kommen von denen, die das Gesundheitssystem, die soziale Hilfe und



den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufrechterhalten. Es sind vor allem Frauen, Schwarze, Junge und Gebildete, die Trumpf mehrheitlich nicht gewählt haben.

Für alle progressiven Kräfte ist es wichtig, gerade jetzt eine klare und konsequente Position zu vertreten, die solidarisch, sozial, ökologisch und menschenrechtsorientiert ist. Und Gewerkschaften haben die Expertise und Macht, um gegen protektionisti-

sche Maßnahmen vorzugehen und für faire Handelsbedingungen zu kämpfen. Angesichts der Bedrohung durch Trumps Klimapolitik müssen sie verstärkt auf die Schaffung und Förderung grüner Arbeitsplätze drängen. Lobbyarbeit, öffentliche Kampagnen und die Unterstützung von Arbeitskämpfen sind entscheidend, um Arbeitnehmer:innenrechte zu schützen.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit und Aufklärung sind mächtige Werk-

zeuge gegen Desinformation und Spaltung. Vor allem die Jugend spielt eine entscheidende Rolle, da sie oft an vorderster Front bei sozialen Bewegungen steht und neue Wege findet, um Probleme zu lösen und Botschaften zu verbreiten. Ihr muss man Möglichkeiten bieten, um für ihre Zukunft aktiv und erfolgreich kämpfen zu können.

Jetzt gilt es vor allem, nicht zu resignieren, sondern weiterzumachen! Gewerkschaften stehen für Solidarität, Engagement und eine gerechte Welt. Sie können mobilisieren, vernetzen und politischen Druck aufbauen. Wir müssen vielleicht härter für Demokratie und eine faire Gesellschaft kämpfen, aber Gewerkschafter:innen haben die Werkzeuge, Erfahrung und das Wissen, um die Werte und Errungenschaften der Gewerkschaften auch in herausfordernden Zeiten zu bewahren und auszubauen.

# Baku und fossile Brennstoffe

**Die Weltklimakonferenz COP29 bringt keine Fortschritte bei der Abkehr von fossilen Brennstoffen eher das Gegenteil.**

**E**s gibt eine Reihe von Absurditäten rund um die jährliche Klimakonferenz. Das dritte Mal in Folge fand sie in einem Land statt, in dem die Produktion von fossilen Brennstoffen zentral ist und das Demonstrationsrecht freundlich ausgedrückt eingeschränkt. Aserbeidschan und die COP29 in Baku haben diese hinterfragbare Ortsauswahl in einer neuen Deutlichkeit gezeigt.

## Gasdeals und Gottesgeschenk

Bereits im Vorfeld haben Recherchen der BBC darauf aufmerksam gemacht, dass die Organisator:innen der COP29 diese auch nutzen wollen, um neue Gasdeals einzufädeln. Leise klingt der Deal zwischen der EU und Aserbeidschan aus dem Jahr 2022 an, der beinhaltet, die Gasimporte in die EU zu verdoppeln. Laut hingegen muss die Frage gestellt werden, welche Auswirkungen solche Deals auf EU-Kritik an dem autokratischen Staat hat. Die Hauptexporte von Aserbeidschan sind Rohöl und Gas, rund 60% der Staatseinnahmen resultieren daraus. Die Erwartung, dass genau hier unter der Leitung des Ministers für Umwelt und Ressourcen, der davor beim größten Öl- und Gaskonzern des Landes tätig war, weitere Schritte in die richtige Richtung gesetzt werden können, ist gelinde gesagt sehr optimistisch gedacht.

Deutlich wurde dies bei der Rede des Staatsschefs Alijew, der die Öl- und Gasvorkommen in seinem Land als „Geschenk Gottes“ bezeichnete. Aus seiner Perspektive vielleicht verständlich, zeigt es aber, dass in dem autokratisch regierten Land die Frage nach dem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen nicht weit oben auf der Agenda steht.

## Wenig Geld statt viele Ziele

Viel wurde über die letztlich doch noch erungene Einigung über die Dotierung der Mittel für die Klimaschäden in den ärmsten und am stärksten betroffenen Ländern der Welt berichtet. Wohlmeinende sprechen in diesem Zusam-

TEXT **Veronika Litschel**

menhang von einer Verdreifachung der Mittel. Dies ist richtig, die Zusagen stiegen von 100 Milliarden um Jahr 2009 auf 300 Milliarden im Jahr 2024.

Umweltschutzorganisationen und Klimaforschung gehen von weit aus höheren Finanzierungsbedarfen aus. Insgesamt werden Summen von 1.300 Milliarden kolportiert, um die Folgen der Klimaerwärmung in diesen Ländern zu bewältigen, ganz zu schweigen von den Regionen, die langsam ganz verschwinden oder unbewohnbar werden.

## Schuldenberg des globalen Südens

Abgesehen von der unzureichenden Summe ist offen, wann diese Finanzierung real steht. Zur Erinnerung, im Jahr 2009 wurden 100 Milliarden Ausgleichszahlungen der Industrieländer beschlossen. Erreicht wurde diese Summe allerdings erst 2022.

Wenig berichtet und diskutiert wird, dass es sich bei diesen Geldern um Darlehen oder Investitionen handelt. Es waren also keine Ausgleichszahlungen für Auswirkungen anderswo verursachter Klimaschäden, sondern Finanzflüsse, die Schuldenberge erhöhten und Abhängigkeiten stärkten.

Beinahe übersehen wird in dieser Geschichte, dass wir dem Überleben des Planeten damit noch keinen Schritt nähergekommen sind. Nicht zuletzt die Wahl von Donald Trump, aber auch die rechten und rechts-konservativen Regierungen in Europa werden uns eher davon entfernen, nach dem Motto: Hinter mir die Sintflut.

**Quellen:** Analyse und Kritik, Global 2000, Greenpeace, Der Standard.



# Die Alternative wird digital: Ein neuer Schritt in die Zukunft



**N**ach langem Überlegen und vielen Gesprächen ist es nun endlich so weit: Die „Alternative“ wird digital! Diese Ausgabe ist die letzte in der gewohnten, gedruckten Form.

Der Schritt in die digitale Welt erfolgt nicht nur, weil wir dadurch flexibler sind und euch schneller erreichen können, sondern auch aus ökologischen und ressourcentechnischen Gründen.

## Von der gedruckten Ausgabe zum digitalen Format

Die „Alternative“ begleitet viele von euch seit Jahrzehnten. Was ursprünglich als internes Informationsmedium gedacht war, hat sich im Laufe der Zeit immer wieder neu orientiert. In den letzten Jahren haben wir versucht inhaltliche Schwerpunkte zu setzen und erhielten dafür viel positives Feedback, auch von Menschen außerhalb unserer Organisation. Doch trotz dieses Lobes gab es immer wieder den dringenden Hinweis, die Ressourcen anders zu nutzen. Zu oft landete die gedruckte Ausgabe ungelesen im Altpapier oder wurde in Archiven verstaubt. In einer Zeit, in der Nachrichten und Informationen in Echtzeit verbreitet werden, entspricht es nicht mehr dem aktuellen Bedürfnis, auf Wahlergebnisse oder wichtige Ereignisse in gedruckter Form Wochen zu warten.

Deshalb haben wir uns entschieden, die „Alternative“ als digitalen Blog weiterzuführen. Auf dieser neuen Plattform werden wir regelmäßig aktuelle Artikel veröffentlichen und euch damit zeitnah informieren.

## Ein Jahrbuch bleibt

Wir möchten jedoch nicht ganz auf das gedruckte Format verzichten. Einmal im Jahr wird es weiterhin eine gedruckte Jahresausgabe der „Alternative“ geben. Diese wird sich einem speziellen Jahresthema widmen und damit einen besonderen Rückblick auf das Jahr ermöglichen.

Wir hoffen, dass wir mit dieser Lösung eine gute Balance zwischen digitalen und analogen Medien finden – und freuen uns, wenn viele von euch als Autor:innen, Meinungsgeber:innen und Leser:innen erhalten bleiben. Auch hoffen wir, weiterhin auf eure jährliche Unterstützung zählen zu können. Der Abopreis wird künftig in die digitale Plattform und die jährliche Jahresausgabe fließen.

## Eure Meinung zählt

Wir sind gespannt auf eure Rückmeldungen. Wünsche, Anregungen, Zuspruch, aber auch kritisches Feedback – all das ist für uns wertvoll und hilft uns, den digitalen Wandel gemeinsam zu gestalten. Wir freuen uns auf den Dialog mit euch und darauf, mit dem neuen digitalen Format die „Alternative“ in die Zukunft zu führen.

## Euer Redaktionsteam

## Bericht über die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer

**Bei der AK Vollversammlung am 13.11.2024 umfassten unsere Anträge und Resolution eine breite Palette an Maßnahmen, die sowohl unmittelbare soziale Verbesserungen als auch langfristige gesellschaftliche Entwicklungen unterstützen.**

Aufgrund der aktuellen politischen Situation für uns zentral im Fokus stand eine Resolution für eine starke Interessensvertretung. Wir freuten uns sehr über eine breite Beteiligung. Die Arbeiterkammer Wien positionierte sich als einheitliche und solidarische Vertretung für die Rechte aller Arbeitnehmer:innen. Unabhängig von Beruf, Staatsbürger:innenschaft oder Parteizugehörigkeit tritt die Arbeiterkammer für demokratische Rechte und soziale Gerechtigkeit ein und stellt sich klar gegen Hetze und gesellschaftliche Spaltung.

Ein weiteres zentrales Anliegen war die klimapolitische Verantwortung der AK. Wir haben vorgeschlagen, einen neuen Ausschuss einzurichten, um konkrete Maßnahmen für eine sozial gerechte Transformation zu entwickeln. Der Antrag wurde in die zuständigen Gremien weitergeleitet und erfreute sich breiter Unterstützung.

Die Aufforderung einer ambitionierten Umsetzung des EU Lieferkettengesetzes an die österreichische Regierung wurde mit vielen Fraktionen gemeinsam eingebracht und traf auf breite Zustimmung.

Weiters mit breiter Zustimmung gemeinsam eingebracht wurden unsere Anträge zur Kennzeichnung und Regulierungen neuer Genomtechniken, zur Erhöhung der Ausgleichszulage, zum stärkeren Schutz bei Insolvenz, zur Verbesserung der Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise und zur Wiedereingliederungsteilzeit.

Der Antrag für den ganzen Familienbonus Plus für Alleinerziehende, für die unbefristete Rezeptgebührenbefreiung für Pensionist:innen, für die verpflichtende Übernahme von Leasingpersonal nach 18 Monaten, für die Änderung der Freistellung des

§ 117 ArbVG sowie auch unsere Anträge zur Stärkung von Chancengleichheit und Integration wie

- Anerkennung ausländischer Führerscheine
  - Erleichterte Beschäftigungsbewilligung für internationale Studierende
  - Deutschkurse während der Arbeitszeit
  - mehrsprachige Bildungs- und Informationsangebote
- wurden zwar zugewiesen, aber wir bleiben weiter dran.

Leider scheiterte unser Antrag für freie Tage für Arbeitslose an der Zustimmung der Mehrheitsfraktion, wir machen uns trotzdem weiter dafür stark.

Mit über 50 gemeinsamen Anträgen war die Vollversammlung geprägt von der inhaltlichen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Fraktionen.

Gleichzeitig Thema war die seit dieser Periode vorliegende Einschränkung der Zusammenarbeit in den Ausschüssen.

Als Vorstandsfraktion waren wir bis zu dieser Periode in alle Ausschüsse kooptiert, und auch kleinere Listen hatten die Möglichkeit der Teilnahme durch Kooptierung zumindest in einzelnen Ausschüssen. Aufgrund der aktuellen Herausforderung, dass mittlerweile 16 Listen in der AK vertreten sind, wurde von dieser bisher gelebten

Praxis abgewichen. Gemeinsam mit LINKS, KommIntern, GLB und vielen anderen Kammerrät:innen haben wir in einer Taferlaktion auf die Wichtigkeit dieser Thematik hingewiesen.

Präsidentin Anderl kündigte in ihrer Abschlussrede an, die Situation in den Ausschüssen noch einmal zu überdenken und nach Lösungen zu suchen – ein wichtiges Signal in einer Zeit, in der der Dialog und die Mitsprache aller Listen besonders wertvoll sind.

In unseren Redebeiträgen haben wir unter anderem auf Gewaltschutzmaßnahmen & eine gut finanzierte öffentliche Bildung hingewiesen.

Oftmals brauchen nicht nur jene Hilfe, die Hilfe brauchen, sondern auch jene die Hilfe geben. Betriebsrät:innen brauchen mehr Zeit und professionelle Hilfe für herausfordernde Situationen im Betrieb.

Eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht starke, gut finanzierte öffentliche Bildungseinrichtungen. Sie sollen das Rückgrat sozialer Gerechtigkeit sein und allen Menschen, unabhängig von Herkunft oder Einkommen, die Chance auf Bildung und persönliche Entwicklung bieten.

Mit den Ergebnissen der Vollversammlung haben wir wichtige Impulse gesetzt. Wir bleiben weiterhin engagiert und entschlossen, für ein solidarisches, gerechtes und ökologisch verantwortungsvolles Österreich einzutreten.





## 16 Tage Gewalt gegen Frauen

Anlässlich der Aktion 16 Tage Gewalt gegen Frauen mahnt die UG-Vorsitzende Marion Polaschek das dringend benötigte Gewaltschutzpaket für Österreich ein. In diesem Zusammenhang fordert sie die rasche Umsetzung der ILO-Konvention 190, die sich mit Gewalt gegen Frauen im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit befasst. Die Bekämpfung der Gewalt und Unterstützung von Gewaltopfern bedarf konkreter Maßnahmen, die ausreichend dotiert sind. Nicht zuletzt die Zeit, um belastende Erfahrungen zu verarbeiten, ohne gleichzeitig Angst um das existenzsichernde Einkommen haben zu müssen, ist eines der zentralen Elemente, die es umgehend einzusetzen gilt.

## Gehaltsabschluss in der Sozialwirtschaft

Der Abschluss mit 4% Erhöhung ist nicht ausreichend, da ist die AUGE/UG ganz deutlich. Auch wenn selbst dieser Abschluss vermutlich nur durch die breite Beteiligung an Protestmaßnahmen zu Stande gekommen ist. Die Mitarbeiter:innen im Sozialbereich leisten tagtäglich systemrelevante Arbeit – sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Dennoch müssen sie auf die Straße gehen, um grundlegende Rechte wie faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen einzufordern. Trotz Protesten und Streiks wurden die zentralen Forderungen nach radikaler Arbeitszeitverkürzung, 20 Prozent mehr Personal und substanziellen Lohnerhöhungen nicht erfüllt. Das Ergebnis zeigt: Die Wertschätzung bleibt oft nur ein Lippenbekenntnis.

## Kritik an Absage der GÖD-Demonstration

Viel Wirbel wurde gemacht und dann war doch nichts. Die GÖD hatte im Vorfeld der Personalvertretungswahlen zu einer Großdemo am 26.11.2024 aufgerufen. Im letzten Moment kam der Rückzieher. Die Begründung war, dass es eine Einigung bei den Gehaltsverhandlungen gegeben hatte.

Unter anderem die ÖLI-UG übte massive Kritik an dieser Absage. Es geht aus ihrer Sicht nämlich nicht nur um den Gehaltsabschluss, auch wenn dieser nochmals einer eigenen Betrachtung unterzogen werden sollte. Darüber hinaus müssen auch Arbeitsbedingungen und die Rahmenbedingungen, unter denen die Arbeitsleistung erbracht werden muss, Teil von Verhandlungen mit den Dienstgebern sein. Diese Absage ist die vertane Chance, auf die prekären Bedingungen in Schule und Bildungssystem lautstark aufmerksam zu machen.

## Personalvertretungswahlen in der GÖD

In der GÖD waren am 27./28.11.2024 Personalvertretungswahlen angesetzt. Dabei konnte die UGÖD mit leichten Zugewinnen ihren dritten Platz halten. Verluste gab es für die FCG. Dies ist umso beachtlicher als das nicht in allen Dienststellen UGÖD-Kandidat:innen angetreten sind.

Besondere Erfolge gibt es im Bildungsbereich. So konnte im Universitätspersonal (Beamten:innen und Vertragsbedienstete) und beim Lehrpersonal in Berufsschulen (Vbg, Stmk, W) die Mehrheit der Mandate gehalten werden. Beim AHS- und BMHS-Lehrpersonal wurde für die ÖLI-UG der zweite Platz gesichert.

## Betriebsratswahlen beim AMS

In der Gesamtauswertung aller Geschäftsstellen konnte die UG einen Stimmenzuwachs von 5,5% erzielen. In Kärnten wurden beim erstmaligen Antreten 25,6% erreicht, in Wien lag der Zuwachs bei 15,6%, was einer Verdoppelung der Mandatszahlen gleichkommt.

TEXT Raphael Altrichter

# Tradition? Nein, danke!

**Die jüngste Wahl von Walter Rosenkranz zum Präsidenten des österreichischen Nationalrats hat eine Welle der Besorgnis und Kritik ausgelöst. Als Mitglied der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der Burschenschaft Libertas steht Rosenkranz für eine politische Richtung, die tief in der deutschnationalen Tradition verwurzelt ist. Diese Entwicklung wirft ernsthafte Fragen über die Eignung der FPÖ für solch ein hohes Staatsamt auf.**

Historisch gesehen wurde das Amt des Nationalratspräsidenten seit 1945 stets von Vertreter:innen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) oder der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) besetzt. Diese Praxis basierte auf ungeschriebenen demokratischen Gepflogenheiten, die Stabilität und Ausgewogenheit im politischen System gewährleisten sollten. Die Entscheidung, nun einen FPÖ-Politiker in dieses Amt zu wählen, bricht mit dieser Tradition und stellt die Frage, ob solche Usancen in der heutigen Zeit noch angemessen sind.

Die FPÖ hat eine lange und umstrittene Geschichte. Ihr erster Obmann, Anton Reinthaller, war ein ehemaliger SS-Brigadeführer und NSDAP-Mitglied. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete er die FPÖ und führte sie bis zu seinem Tod 1958. Trotz dieser belasteten Vergangenheit hat die FPÖ in der jüngeren Geschichte immer wieder versucht, sich als bürgerliche Partei zu präsentieren.

Dennoch bleiben ihre Verbindungen zu rechtsextremen Gruppen und Ideologien ein ständiges Thema der öffentlichen Debatte.

Ein besonders besorgniserregendes Beispiel für die problematische Nähe der FPÖ zu extremistischen Kreisen ist ihre Beziehung zur Identitären Bewegung (IB). Diese rechtsextreme Gruppierung ist bekannt für ihre fremdenfeindlichen und völkischen Positionen, einschließlich der Forderung nach Massendeportationen. Obwohl führende FPÖ-Politiker:innen öffentlich Distanz zur IB beteuern, gibt es immer wieder personelle und ideologische Überschneidungen. Einige FPÖ-Mitglieder und Funktionär:innen haben an Veranstaltungen der Identitären teilgenommen oder öffentlich Sympathien geäußert. Diese Verbindungen rücken die Partei in die Nähe der rechtsextremen Szene und sorgen regelmäßig für politische Kontroversen.

Die Wahl von Walter Rosenkranz zum Nationalratspräsidenten ist in diesem Kontext besonders problematisch. Als Mitglied der Burschenschaft Libertas, einer deutschnationalen

Verbindung, steht er für eine Ideologie, die mit den Grundwerten einer offenen und pluralistischen Gesellschaft schwer vereinbar ist. Seine früheren Äußerungen, in denen er einen Neonazi, der im Parlament als Sicherheitskraft arbeitete, als "bledn Bua" bezeichnete und Verständnis für dessen Situation zeigte, werfen weitere Fragen über seine Haltung gegenüber rechtsextremen Tendenzen auf. Die Entscheidung, einen FPÖ-Politiker in dieses hohe Staatsamt zu wählen, basiert auf einer Usance, die besagt, dass die stärkste Partei im Parlament den Präsidenten stellt. Diese Praxis ist jedoch weder gesetzlich verankert noch zwingend notwendig. In Zeiten, in denen demokratische Werte und Institutionen weltweit unter Druck stehen, ist es umso wichtiger, kritisch zu hinterfragen, ob solche Traditionen weiterhin beibehalten werden sollten, insbesondere wenn sie dazu führen, dass Personen mit fragwürdigen politischen Verbindungen in höchste Staatsämter gelangen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Inhaber:innen höchster politischer Ämter das Vertrauen der Bevölkerung genießen und die demokratischen Grundwerte uneingeschränkt vertreten. Die Wahl von Walter Rosenkranz zum Nationalratspräsidenten stellt dieses Vertrauen infrage und wirft ein Schlaglicht auf die Notwendigkeit, die Rolle und den Einfluss der FPÖ in der österreichischen Politik kritisch zu beleuchten. Es liegt an der Zivilgesellschaft und den demokratischen Kräften des Landes, sicherzustellen, dass Österreich auf dem Weg der Offenheit, Toleranz und Demokratie bleibt.

Am 8. November 2024 versuchte Nationalratspräsident Walter Rosenkranz am Mahnmahl für die Opfer der Shoah am Judenplatz in Wien einen Kranz niederzulegen. Dabei wurde er von einer Menschenkette der Jüdischen österreichischen Hochschüler:innenschaft (JÖH) daran gehindert. Die JÖH protestierte damit gegen Rosenkranz' Verbindungen zu deutschnationalen Burschenschaften und seine umstrittenen Äußerungen in der Vergangenheit. Sie skandierten: "Wer Nazis ehrt, dessen Wort ist nichts wert!"

## LESE- & HÖREMPFEHLUNGEN



Lesetipp  
**Sabine Nuss**  
**Wessen Freiheit, welche Gleichheit?**  
**Das Versprechen einer anderen Vergesellschaftung**  
 Verlag Dietz Berlin, 175 Seiten

Sabine Nuss wirft in ihrem Buch einen Blick auf die historischen Enteignungen im Vorfeld des Kapitalismus. Sie erklärt nachvollziehbar die Entwicklung von der Feudalgesellschaft zum modernen Kapitalismus, stellt vermeintliche Naturnotwendigkeiten wie Privateigentum auf den Prüfstand und setzt sich mit auf Aneignung basierenden Produktionsweisen auseinander. Entlang einer umfassenden Quellenlage stellt sie klar, warum wir bei der Veränderung bestehender Verhältnisse etwa im Immobiliensektor von Vergesellschaftung sprechen und welchem Freiheitsbegriff wir damit folgen können.



Lesetipp  
**Arne Semsrott:**  
**Machtübernahme.**  
**Was passiert, wenn die Rechtsextremisten regieren.**  
**Eine Anleitung zum Widerstand.**  
 Droemer Verlag, 236 Seiten.  
 ISBN: 978-3-426-65984-7

In beunruhigenden Zeiten, in denen antidemokratische Positionen immer stärker an Zustimmung gewinnen, zeigt Arne Semsrott Analysen und Handlungswege des Widerstands und für die Demokratie auf.



Lesetipp  
**BEIGEWUM**  
 Immer wieder eine Empfehlung ist die Zeitschrift Kurswechsel der BEIGEWUM – Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, die im Sonderzahl Verlag erscheint.

Seit 1985 erscheinen vier Hefte pro Jahr. Heft 1/2024 setzt kritische Wirtschaftsbildung in den Fokus, Heft 2/2024 beschäftigt sich mit Digitalisierung und künstlicher Intelligenz in der Arbeitswelt. Darüber hinaus werden Schwerpunktpublikationen, wie z.B. zur klimasozialen Politik oder zu umkämpften Technologien oder den Mythen des Sparens herausgegeben. Ein Blick auf die Website lohnt sich allemal: [beigewum.at](http://beigewum.at)



Hör Tipp  
**Die Geschichtsgreisslerei**

In ihrem Podcast Geschichtsgreisslerei erzählen Andreas Filipovic, Walter Szevera und Simon Feik alle zwei Wochen über historische Orte in Wien, die in aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen eine Rolle spielen. Zu entdecken sind Gegenden, die sonst nicht so im Fokus stehen. Die Geschichte von Orten wird verknüpft mit sozialen, politischen und kulturellen Fragen.

[geschichtsgreisslerei.at](http://geschichtsgreisslerei.at)



Hör Tipp  
**Tatort Geschichte**  
**True crime meets history**

Tatort Geschichte von Niklas Fischer und Hannes Liebrandt verbindet spannende Erzählung mit historischem Wissen. Unter dem Motto True crime meets history werden über die Epochen hinweg Entwicklungen und Geschehnisse beleuchtet. [br.de/mediathek/podcast/tatort-geschichte-true-crime-meets-history/854](http://br.de/mediathek/podcast/tatort-geschichte-true-crime-meets-history/854)



Hör Tipp:  
**Inside Austria**  
**Der Finanzskandal der FPÖ**

Bei den Entwicklungen und fragwürdigen Ereignissen rund um die FPÖ ist es leicht möglich, den Überblick zu verlieren. In diesem Fall sei der Podcast Inside Austria von Der Standard und Spiegel empfohlen. Große und kleine Skandale und politische Abgründe werden in den samstags erscheinenden Folgen aufgearbeitet. Abo bei apple Podcast und Spotify.

Ganz aktuell die Folge zum Finanzskandal der FPÖ: [derstandard.at/story/3000000245988/der-finanzskandal-der-fpoe-12](http://derstandard.at/story/3000000245988/der-finanzskandal-der-fpoe-12)

**Vida warnt vor**

**Abwärtsspirale in der Reinigung**

Die stattfindenden KV-Verhandlungen in der Reinigungsbranche stehen still. Statt mit steigenden Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen die Branche attraktiver zu machen, bieten die Arbeitgeber:innen 3,8 Prozent mehr Lohn, was nur die Inflation abdeckt. Dazu möchten sie die Arbeitsstunden in eine Jahresabrechnung überführen, wodurch die Beschäftigten um ihre Überstundenzuschläge gebracht werden. In Österreich sind private Konsumausgaben immer ein Stabilisator gewesen. Da braucht es für den Vorsitzenden der Gewerkschaft vida Roman Hebenstreit gerade bei den niedrig entlohnten Branchen einen kräftigen Turbo.

*arbeit-wirtschaft.at*

**VAMED-Verkauf:**

**Öffentliche Lösung statt Heuschrecken-Ausverkauf**

Durch den geplanten Verkauf der VAMED-Einrichtungen an den Private-Equity-Fonds des französischen Finanzkonzerns PAI droht eine weitere Verschärfung der Profitorientierung wichtiger Gesundheitsinfrastruktur in Österreich. Sein Geschäftsmodell ist es, Firmen zu übernehmen, umzustrukturieren und – nach eigenen Angaben – innerhalb von vier bis sieben Jahren mit Profit weiterzuverkaufen. Die öffentlichen Träger aller Einrichtungen müssen ihr Vorkaufsrecht in Kooperation mit den Städten, Bundesländern und Sozialversicherungs-

trägern rasch nutzen. Die Regierung muss zudem finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Attac fordert privatisierte Gesundheitseinrichtungen wieder in öffentliche Kontrolle zu bringen und gemeinnützig auszurichten.

*attac.at*

**Belegschaft übernimmt Glashersteller Duralex**

Der französische Glashersteller Duralex ist innerhalb und außerhalb Frankreichs sehr bekannt und beliebt. Seine Gläser haben Kultstatus. Trotzdem stand er nach mehreren Übernahmen und Insolvenzverfahren kurz vor dem Aus – bis die Mitarbeiter:innen eine Genossenschaft gründete und so dem Unternehmen das Fortbestehen sicherte. Die öffentliche Hand unterstützte mit etwa 10 Millionen für den Kauf der Produktionsstätte und den Erhalt der Arbeitsplätze. Entscheidungen werden im Verwaltungsrat getroffen.

**Publikation von UNDOK und Zentrum polis: Gleiche Arbeitsrechte für alle**

Eine neue Publikation erklärt, was undokumentierte Arbeit ist, wie es dazu kommt und wer davon betroffen ist. Ein Glossar stellt wichtige Begriffe vor und konkrete Beispiele geben Einblicke in prekäre Arbeitssituationen. Die Fallgeschichten sind so aufbereitet, dass sie im Unterricht zur Bearbeitung des Themas eingesetzt werden können.

*undok.at*

**ÖGB Podcast:**

**Es gibkeine Grauzonen! Gewalt & Belästigung am Arbeitsplatz**

Im Zuge der Aktion „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ sprechen GPA Bundesfrauensekretärin Julia Ilger, Betriebsrätin Manuela Willner und Sara Hassan über Gewalt und Diskriminierung, die Verantwortung der Gewerkschaften, Bewusstsein zu schaffen und geben Einblicke wie Betriebsrät:innen zu einem gewalt- und diskriminierungsfreien Umfeld beitragen können.

*oegb.at*

**Projekt Pflegestützpunkt 4.0: Über die schönste aller Pflegewelten**

Bei vier Zukunftswerkstätten mit Pflegekräften in Graz und Liezen und einem Treffen mit Vertreter:innen aus Politik, Arbeiterkammer, Gewerkschaften und Ausbildungsstätten wurden Ideen gesammelt und Problemlösungen entwickelt. Von den Pflegekräften wurde der Beitritt zu ÖGKV und Gewerkschaft, Kollegialität und Toleranz gegenüber Kolleg:innen und ein flexibler und lebensphasenorientierter Dienstplan am häufigsten genannt. Von Entscheidungsträger:innen wird gefordert, Pflegekräfte in Entscheidungen miteinzubeziehen. Auch die schrittweise österreichweite einheitliche Anhebung des Personalschlüssels ist Teil des Forderungskatalogs.

*Ergebnisse: helsinki.at*

**Bezugsquelle für alle Bücher:  
Fachbuchhandlung des ÖGB Verlags  
Rathausstraße 21, 1010 Wien**

**Maximilian Steinbeis.**

## **Die verwundbare Demokratie. Strategien gegen die populistische Übernahme**

REZENSION **Renate Vodnek**

Weltweit erstarken Populisten und hebeln die demokratische Rechtsordnung aus. Der Jurist und Verfassungsexperte Maximilian Steinbeis erläutert am Beispiel des deutschen Bundeslandes Thüringen wie rechte Populisten Gesetze und Institutionen wie Schulen, Universitäten, Medien, Polizei oder Justiz missbrauchen können.

Dem Autor geht es um die Strategie, ein autoritäres Regime zu errichten. Da braucht es keinen Militärputsch (mehr), sondern die Institutionen der Demokratie selbst können dafür benutzt werden. Die populistischen Organisationen besitzen mittlerweile juristisches Geschick, wie man zum Beispiel bei Ungarn sehen kann. Orban war erfolgreich, weil er dank des Wahlrechts mit etwas mehr als 50 Prozent der Stimmen eine 2/3 Mehrheit im Parlament erhielt. Und so nach seinem Gutdünken Verfassungsänderungen durchführen konnte.

Aber es braucht nicht unbedingt Mehrheiten, um einzugreifen: Durch eine Sperrminorität von 1/3 der Stimmen könnte beispielsweise die AFD im deutschen Landtag Entscheidungen blockieren, die eine 2/3 Mehrheit benötigen. Beispiele eines autoritären Staatsumbaus gibt es neben Ungarn auch in Polen und der Türkei. Die Feinde der Demokratie missbrauchen das Recht unter dem Vorwand die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.

Diejenigen, die sich hier dagegenstellen wollen, sind oft einen Schritt hintennach. Welche Lösungen es gibt, diesen Rückstand auszugleichen, widmet sich das Kapitel „Etwas Tun“. Der Autor stellt fest, dass Verfassungsänderungen kein Allheilmittel gegen die populistische Übernahme sind. Er schärft unser Bewusstsein für kommenden Bedrohungen. Denn es bleibt wenig Zeit unsere demokratische Gesellschaft gegen diese Angriffe zu verteidigen. Steinbeis schlägt eine Kosten-Nutzen Abwägung vor. Er plädiert vor allem für den „zivilen Verfassungsschutz“ durch die Bevölkerung, also uns Alle. Wir sollen autoritären Tendenzen entgegen treten. Und nötigenfalls für die Demokratie auf die Straße gehen.



Hanser Verlag, 2024  
304 Seiten. ISBN: 978-3-446-28129-5

2024  
~  
04

TERMINE

**7. Jänner**

**07:30 – 09:00**

Asfinag - Hände weg vom Grundwasser! Stop Lobau-Autobahn  
vor dem Bundesverwaltungsgericht, Erdbergstraße 192-196  
Infos: [lobau.org](http://lobau.org)

**29. – 31. Jänner**

Konferenz: Rohstoffpolitik gerecht gestalten  
Hin zu einer globalen Just Transition  
Info und Anmeldung: [attac.at](http://attac.at)

**bis 20. Februar, 8:00 – 20:00**

Arbeit ohne Papiere, aber nicht ohne Rechte!  
Comicausstellung zum 10-jährigen Jubiläum  
der UNDOK-Anlaufstelle  
ÖGB – Foyer, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1  
[undok.at](http://undok.at)

Herausgegeben von

 **Unabhängige**  
Gewerkschaftsfraktion

Einzelheft: 5 Euro | Abonnement: 17 Euro  
Österreichische Post AG | MZ02Z031242M  
AUGE/UG | Belvederegasse 10 | 1040 Wien



Druckprodukt mit finanziellem  
**Klimabeitrag**  
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

gedruckt nach der Richtlinie  
„Druckerzeugnisse“ des öster-  
reichischen Umweltzeichens,  
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



 **MIX**  
Papier | Fördert  
gute Waldnutzung  
FSC® C089494

 **PRINTED IN  
AUSTRIA**